

4. ¡Resistencia!

Um die Framings der Akteur*innen der sozialen TIPNIS-Bewegung zu verstehen, ist es sinnvoll, den Widerstand zu kontextualisieren. Dazu sollen zunächst das *Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécore* (TIPNIS) vorgestellt und die Genese des Widerstands erläutert werden. Geografisch ist das Gebiet Teil der Gesamtregion Amazonien, die aufgrund ihrer Bedeutung für das globale Klima im Zuge transnationaler Klimadebatten verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten ist. Wie aus einer Studie des Amazonas-Netzwerks für sozio-ökologische und georeferenzierte Informationen (RAISG) hervorgeht, machen indigene Territorien und Schutzgebiete ca. 45 Prozent der Gesamtfläche des Amazonasgebiets aus. Diese hohe Konzentration an indigenen Territorien und Schutzgebieten ist weltweit einzigartig (Fatheuer 2019: 11). Drei Millionen Menschen sind Indigene, zugehörig zu rund 385 verschiedenen Völkern, die etwa 86 Sprachen und 650 Dialekte sprechen. Ca. 110 dieser indigenen Völker haben keinen oder nur geringfügigen Kontakt zu den jeweils restlichen Landesbevölkerungen. 70-80 Prozent der 34 Millionen Menschen, die im Amazonasgebiet leben, sind in urbanen Zentren angesiedelt (RAISG 2012: 11).

Nach Brasilien (67 Prozent) und Peru (14,3 Prozent) hat Bolivien mit 10,6 Prozent der Fläche den drittgrößten Anteil am Amazonasbecken. Auch wenn das Land in einer weit verbreiteten Wahrnehmung vornehmlich als Andenstaat gilt, gehören 65,2 Prozent der Landesfläche zum hydrographischen Amazonasgebiet. Davon zu unterscheiden ist das sogenannte Amazonas-Biom, das 43,3 Prozent der Landesfläche ausmacht. Dieses lässt sich als Mosaik aus ausgedehnten tropischen Regenwäldern, Feuchtsavannen sowie halbfeuchten Gebieten beschreiben (Reyes/Herbas 2012: 3-4). Teil des bolivianischen Amazonas-Bioms ist das Indigene Territorium und Nationalpark Isiboro Sécore (TIPNIS). Es ist eins von insgesamt 58 Gebieten des bolivianischen Tieflands, die offiziell als indigenes Territorium anerkannt wurden (Tamburini 2019: 9).¹ Es liegt in der Region Amazonía Sur in den Departements Beni (Provinz Moxos) und Cochabamba (Provinzen Chapare und Ayopaya), deren

1 Im bolivianischen Altiplano (Hochland) wurden bisher 184 indigene Territorien anerkannt (Guzmán 2020: 56).

Grenzverlauf im TIPNIS allerdings nicht eindeutig definiert ist. Nach Angaben des *Servicio Nacional de Áreas Protegidas* (SERNAP) handelt es sich beim TIPNIS um eine Übergangsregion zwischen Anden- und Regenwaldgebieten: 6,6 Prozent der Fläche gehören zu den Yungas, einer Talregion, die parallel zur Cordillera Real verläuft. 21,5 Prozent des Territoriums bestehen aus Feuchtsavannen, die in der Regenzeit überschwemmen, 72 Prozent aus Amazonas-Regenwald (SERNAP 2004: 15; basierend auf Ibsch/Mérida 2003). Aufgrund seiner Höhenunterschiede zwischen den subandinen Höhenlagen auf etwa 3000 m. ü. d. M. und dem tiefsten Punkt an der Mündung des Sécuré in den Isiboro auf etwa 180 m. ü. d. M., ist das Gebiet durch eine Vielzahl fragiler Ökosysteme und eine reichhaltige Flora und Fauna gekennzeichnet (SERNAP 2004: 9).

Wie Aufzeichnungen des französischen Naturforschers Alcides D'Orbigny (1802-1857) zeigen, haben die Natur und die hohe Biodiversität bereits früh das wissenschaftliche Interesse auf sich gezogen. Seine Eigenschaft als indigenes Territorium der Moxeño-Trinitarios, Yuracarés und Chimanes weist das TIPNIS jedoch auch als einen vom Menschen geprägten Raum aus. Doch bevor dieses Merkmal sowohl als multiethnisches *territorio ancestral* (anzenstrales, d.h. auf die Vorfahren zurückgehendes Gebiet) als auch als politische Kategorie staatlich anerkannter indigener Selbstverwaltung beleuchtet werden kann, soll zunächst der Begriff »indigen« (*indígena*) problematisiert werden: Für diesen Begriff, der im Zuge der Kolonialisierung von Europäern konstruiert wurde, existiert bis heute keine einheitliche Definition (Flesken 2014: 2). Allerdings bietet die Präambel der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von 1989 einen Vorschlag für die Definition indigener Völker (*pueblos indígenas*). Dieser berücksichtigt Elemente einer traditionellen Lebensart, soziopolitischen Organisation und Kultur, die sich vom Rest der Bevölkerung abgrenzen lassen. Ein weiteres Merkmal liegt laut ILO in der historischen Kontinuität indigener Völker in den von ihnen bewohnten Gebieten. Oberste Priorität hat jedoch das Prinzip der Selbstidentifizierung (ILO 1989).²

4.1 Das indigene Bolivien

Indigene Identität, die sich in verschiedenen Formen und Ausprägungen zeigen kann, ist ein komplexes Thema. Die Schwierigkeit, individuelle Selbstidentifizierungen in ihrer Vielfalt abzubilden, zeigt sich in Bolivien an den umstrittenen

2 In dieser Arbeit werden die Begriffe »indigen« und »indigene Völker« deshalb unter der Prämisse verwendet, dass es sich bei diesen um gängige Selbstbezeichnungen von Akteur*innen handelt, die im TIPNIS oder anderen indigenen Territorien leben oder von dort herkommen.

Zensusdaten. Bei den letzten Erhebungen von 2001 und 2012 hatte die Kategorie »Mestiz*in« nicht zur Selbsteinordnung zur Auswahl gestanden. Viele Bolivianer*innen mit sowohl europäischen als auch indigenen Wurzeln bekamen somit einem Identitätsschema vorgesetzt, das ihnen nicht gerecht wurde.³ Auch in diskursiven Auseinandersetzungen wird die Komplexität der Identitätsfrage häufig reduziert. So sind Darstellungen, die die indigene Bevölkerung des Landes als Bevölkerungsmehrheit oder eine Gesamtheit kleiner Minderheiten skizzieren, nicht nur zu kurz gegriffen, sondern werden auch in politischen Debatten instrumentalisiert (Schilling-Vacaflor 2009: 63-64).

Unbestritten ist die hohe kulturelle Diversität der insgesamt 36 *Naciones y Pueblos Indígena Originario Campesinos* (NPIOC), die die bolivianische Verfassung von 2009 anerkennt, samt ihrer weiter zu differenzierenden Untergruppen. Die hochlandindigenen Bevölkerungsgruppen der Aymaras und Quechuas, die zur Selbstbezeichnung ihrer indigenen Gemeinschaften den Ausdruck *pueblos originarios* (ursprüngliche Völker) verwenden, gelten mit jeweils 31 bzw. 25 Prozent der Gesamtbevölkerung zu den bevölkerungsstärksten Ethnien des Landes. In offiziellen Veröffentlichungen des bolivianischen Staates werden sie deshalb als Mehrheitsnationen klassifiziert (Instituto Nacional de Estadística 2015: 29). Die meisten der restlichen NPIOC, zu denen auch die afrobolivianische Gemeinschaft gehört, leben allerdings, auch wenn sie nur ca. vier Prozent der Gesamtbevölkerung repräsentieren, in den *tierras bajas* (Laing 2015: 28). Aufgrund ihrer geringen Bevölkerungszahlen ist unter den indigenen Tieflandvölkern, mit Ausnahme der Guaraníes, die Selbstbezeichnung »Nation« unüblich (Garcés et al. 2010: 43).

Historischer Kontext: Missionierungsgeschichte

Um sich den Besonderheiten der Isiboro-Sécure-Region zu nähern, die diese als indigenes Territorium ausmachen, ist ein kurzer historischer Exkurs notwendig, der die Qualität des TIPNIS als anzestrales Gebiet betont und dabei die zahlreichen Umbrüche skizziert, die der indigenen Bevölkerung durch Prozesse der Marginalisierung und Unterdrückung widerfahren sind. Archäologische Funde von Keramiken, Kanalsystemen und Erdwällen, die zum Schutz vor saisonalen Überschwemmungen gebaut worden waren, dokumentieren eine präkoloniale indigene Präsenz

3 Die Identitätsfrage ist unter der mestizischen Bevölkerung Boliviens nicht trivial. Rivera Cusicanqui (2018: 92) wendet sich gegen die aus der Genetik entlehnte, rassistische Vorstellung der Hybridität, mit der die mestizische Identität als aus der Vermischung zweier Gruppen entstandene dritte Gruppe erklärt wird. Mit der Idee des *ch'ixi* aus der Philosophie der Aymara erklärt sie das Mestizentum, verkürzt, als Anwesenheit und widersprüchliche Koexistenz zweier Komponenten, die sich, wie kleine nebeneinandergesetzte Farbpunkte auf einer Leinwand, zwar zu einer neuen Wahrnehmung vermischen, aber nicht auflösen (Rivera 2018: 91).

in den Llanos de Moxos (Moxos-Flachland) (Sargent 1998: 474). Eine Zäsur stellte die Kolonialzeit dar. Im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs der Stadt Santa Cruz de la Sierra, die 1561 von Spaniern gegründet worden war, wurden indigene Personen in den Tieflandgebieten des Vizekönigreichs Alto Perú systematisch von Sklavenjägern gefangen genommen und vertrieben (Garbari 2017: 30).

Ab 1648 kamen Jesuiten der *Compañía de Jesús* nach Moxos. Diese verfolgten das Ziel, die indigene Bevölkerung zu evangelisieren, was ihnen nach vielen gescheiterten Versuchen gelang. Wie auch an anderen Orten in Südamerika errichteten sie Missionsstationen, sogenannte *reducciones* (Reduktionen). Die indigene Bevölkerung, die verstreut an den Ufern der Flüsse lebte, wurde sukzessive in diese Reduktionen gedrängt (Laing 2015: 194). Nach einer Interpretation von Gabriel René Moreno (1973: 47) gingen Indigene in den Reduktionen einen Pakt mit den Jesuiten ein: Sie ließen sich missionieren und erhofften im Gegenzug Schutz vor der Sklaverei (Lehm 1999: 33-34). Dies trifft nach Aussage des Theologen Julio Ribera der Indigenenpastoral des Apostolischen Vikariats Beni besonders auf die Moxeño-Ignacianos und Moxeño-Trinitarios zu, die im Vergleich zu anderen Ethnien der Region zeitlich länger und intensiver mit den Jesuiten in Kontakt standen (Interview Ribera 17.07.2019).

Insgesamt gründeten die Jesuiten zwischen 1682 und 1744 26 Missionsstationen in Moxos, von denen 16 Siedlungen nach der Vertreibung der Jesuiten aus Lateinamerika, die der spanische Monarch Carlos III. im Jahr 1767 angeordnet hatte, übrigblieben (Lehm 1999: 27; Limpías 2007: 77). Viele heutige Städte im Beni, darunter der Verwaltungssitz des Departements Trinidad, gehen auf jesuitische Gründungen zurück. Dazu gehören auch San Ignacio de Moxos und San Borja (Limpías 2007: 77). Der Name der Moxeño-Ethnie der Trinitarios, die heute die bevölkerungsreichste Gruppe im TIPNIS darstellen, lässt sich auf deren Konvertierung zum Christentum in der Missionsstation von Trinidad zurückführen (Lehm 1988: 82). Nördlich des heutigen TIPNIS gab es zeitweise auch jesuitische Missionsstationen in Chimane-Gebieten, die jedoch von der indigenen Bevölkerung abgelehnt und zerstört worden waren. Aus der Missionsstation von San Francisco de Borja stammen die ersten dokumentierten Referenzen über die Chimanen. Im Süden scheiterten Versuche des Franziskaner-Ordens, die Yuracaré-Bevölkerung zu missionieren (Villagomez 2018: 4).

Auch wenn die Bewertung dieser jesuitischen Reduktionen umstritten ist, unterschieden sich diese in einigen Aspekten von anderen Kolonien: Kultur und Subsistenzwirtschaft blieben weitgehend erhalten. Dies galt auch für die Sprache der Moxeños, die die Jesuiten aufgrund ihres hohen Verbreitungsgrades als *Lingua Franca* mit dem Ziel etablierten, die Verständigung unter den vielen verschiedenen ethnischen Gruppen in den Reduktionen zu erleichtern (Lehm 1999: 27). Wie sich heute noch in der moxeñischen Kunst und Musik feststellen lässt, kam es statt einer vollständigen Assimilierung zu einer Verschmelzung christlicher und präkolonia-

ler Kosmovisionen, Kulturen und Traditionen (Garbari 2017: 30). Auch in anderen Bereichen zeigen sich bis heute die Spuren des jesuitischen Erbes, zu dem nicht nur die katholische Religion, sondern auch die Tendenz zur Sesshaftigkeit und die Viehwirtschaft gehören. Auch die kontemporäre Form der indigenen Selbstverwaltung geht auf die Zeit der Reduktionen zurück. So führten die Jesuiten das Cabildosystem ein, das zu einer Hierarchisierung der Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens geführt hatte. Wie in Kapitel 5 genauer beschrieben wird, sind Cabildos Entscheidungsorgane auf der Ebene der Basisgemeinschaften, denen jeweils eine indigene Autoritätsperson vorsteht, die in den meisten Gemeinden *corregidor* oder in der weiblichen Form *corregidora* genannt wird.⁴ Auch wenn es den Jesuiten nicht gelungen war, Yuracarés und Chimanes im gleichen Maß wie die Moxeños zu dominieren, zeigte sich auch bei diesen und weiteren Ethnien der jesuitische Einfluss: Beispielsweise in der Verwendung von Metallwerkzeugen, der Kultivierung von Nutzpflanzen wie Reis und Tamarinde, aber auch im Ausbruch neuer Krankheiten, die die indigene Bevölkerung dezimierten (Lehm 1998: 83).

Auf der Suche nach dem Heiligen Hügel (*Loma Santa*)

In der postjesuitischen Phase der Kolonialzeit kam es in den letzten Jahren der spanischen Herrschaft zu Aufständen gegen die Kolonialverwalter. Anlass waren Bemühungen der Spanier, Privatbesitz in den indigenen Gemeinschaften einzuführen, um Steuern erheben zu können. Dabei versuchten sie, die indigenen Gemeinden zu spalten und ihre Führungspersönlichkeiten zu korrumpieren.⁵ Doch auch die Tatsache, dass Bolivien 1825 die Unabhängigkeit von der spanischen Krone erlangen und eine Republik ausrufen konnte, verbesserte die Lage der indigenen Bevölkerung kaum. So setzte nach der Gründung des Departements Beni 1842 durch den damaligen Staatspräsidenten José Ballivián die Kommerzialisierung der Ex-Reduktionen ein. Die Möglichkeit, die ehemaligen Missionsstationen käuflich zu erwerben, lockte eine große Zahl von Kreol*innen aus Santa Cruz an, die den gesamten Häuser- und Viehbesitz an sich nahmen (Lehm 1999: 39). Die Präsenz der weißen und mestizischen Siedler*innen führte tiefe soziopolitische Veränderungen herbei, die die indigene Bevölkerung zunehmend einschränkten (Delgado 2017: 376). Im Zuge der voranschreitenden Industrialisierung stellte sich der Aufschwung der Kautschuk-Extraktion als schwerwiegendes Problem heraus, da Tieflandindigene von nun an Zwangsarbeit auf den Kautschuk-Plantagen verrichten mussten.

4 Ursprünglich bezeichnete der Begriff »Corregidor« die Gouverneure der spanischen Krone.

5 Die bekanntesten Aufstände wurden 1810 und 1811 vom Moxeño Pedro Ignacio Muiba angeführt, der von Jesuiten ausgebildet worden war. Muiba, dessen Aufstand der spanische Gouverneur Urquijo mit einem Massaker beenden ließ, gilt neben dem Aymara Tupac Katari zu den bedeutendsten indigenen Freiheitskämpfern Boliviens (Garbari 2017: 32).

Um die Zwangsarbeit und die damit verbundenen Grausamkeiten zu rechtfertigen, wurden indigene Personen als Wilde und Kannibalen stigmatisiert (Garbari 2017: 33).⁶

Um der Zwangsarbeit zu entkommen, kam es ab 1842 zu einer Reihe einzelner Emigrationen indigener Personen aus den ehemals jesuitischen Siedlungen. 1887 entstand unter Führung des »Itonama-Propheten« Andrés Guayocho⁷ schließlich eine einheitliche Migrationsbewegung, im Zuge derer sich indigene Personen noch bis in die 1990er Jahre in entlegene Gebiete westlich des Río Mamoré zurückziehen sollten (Laing 2015: 195). Eine besondere Triebkraft für die Migration entfaltete die Legende der *Loma Santa* (Heiliger Hügel), die vermutlich auf den Kontakt der Moxeños mit einer Gruppe von Guaraníes in der Missionsstation von Trinidad zurückzuführen ist. So wurde mit der *Loma Santa*, ähnlich wie beim *ivi maraei* der Guaraníes (Land ohne Böses oder auch als intakte Umwelt übersetzt), ein Sehnsuchtsort assoziiert, an dem ein Leben in Ruhe und Freiheit möglich sein sollte (Lehm 1998: 83).

Jürgen Riester zufolge, der mit seinen anthropologischen Studien in den 1970er Jahren zu den Pionieren der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den indigenen Völkern Ost-Bolivians zählte, verfolgte die Migrationsbewegung das Ziel eines totalen und definitiven Entfernens von der weiß-mestizischen Bevölkerung (Riester 1998: 7). Dabei war es ein Anliegen der *lomasanteras* und *lomasanteros*, frei von der Kolonialherrschaft der sogenannten *carayanas* eine Gesellschaft zu rekonstruieren, die den eigenen Werten und Normen entsprechen sollte.⁸ Aufgrund der jesuitischen Prägung der Migrant*innen lässt sich die Suche nach der *Loma Santa* in christlicher Terminologie auch als Suche nach einem irdischen Paradies übersetzen, das nicht als Illusion, sondern als reale Idee (weniger als konkreter Ort) verstanden wurde (Lehm 1999: 11; Guzmán 2020: 24). Im Zuge der Migrationsbewegung entstanden viele indigene Gemeinden im Gebiet des heutigen TIPNIS. Ein Bericht des Kautschuk-Industriellen Vaca Díez aus dem Jahr 1876 gilt als erste schriftliche Erwähnung von Dörfern am Ufer des Río Sécure (Garbari 2017: 27–33).

6 Da die Sklaverei nach den Gesetzen der Republik verboten war, regelte ein Vertragssystem die Arbeit ohne Bezahlung, um der Ausbeutung einen legalen Anschein zu verleihen.

7 Andrés Guayocho war Angehöriger der Itonama-Ethnie. Er hatte jedoch 25 Jahre lang in Moxos gelebt und galt als Autorität der Moxeños (Laing 2015: 195).

8 Der Begriff *carayana* zur Bezeichnung weiß-mestizischer Personen entstand im Departement Beni und leitet sich von dem Wort »caray« aus der Guaraní-Sprache ab, einer Götterbezeichnung. Er ist heute noch in weiten Teilen Ost-Bolivians gebräuchlich.

Die Isiboro-Sécure-Region wird Schutzgebiet

Trotz hoher Erwartungen, die angesichts der kolonialen Aggression mit diesem millenaristischen Rückzug aus den Ex-Reduktionen verbunden waren, ist das Gebiet des heutigen TIPNIS im Verlauf der Geschichte immer wieder in seiner Funktion als Schutzraum von externen Akteur*innen herausgefordert worden. In der Folge der Nationalen Revolution von 1952 sahen sich die Bewohner*innen der Isiboro-Sécure-Region mit Siedlungsaktivitäten hochlandindigener Aymaras und Quechuas konfrontiert, die auf der Suche nach landwirtschaftlicher Nutzfläche ins Amazonas-Tiefland vordrangen. Diese Expansion steht in engem Zusammenhang mit einem gesellschaftlichen Transformationsprozess, den die neue herrschende Elite des *Movimiento Nacional Revolucionario* (MNR) eingeleitet hatte. Bergbauunternehmen wurden verstaatlicht, Land umverteilt. Indigenen und Frauen wurde erstmals in der Geschichte Boliviens das Wahlrecht zugesprochen, wodurch diese Zugang zu einer eingeschränkten Form der Staatsbürgerschaft erhielten (Rivera 2018: 103). Hochlandindigene, die auf den Latifundien der weißen Großgrundbesitzer Zwangsarbeit (*pongueaje*) verrichten mussten, profitierten von der Agrarreform 1953. Das Land, das sie zuvor in Zwangsarbeit bewirtschaften mussten, wurde unter ihnen aufgeteilt. Viele Indigene bekamen so die Möglichkeit, eigene kleine Agrarbetriebe (Minifundien) zu unterhalten. Nach dem Willen des MNR sollten dabei aus Indigenen Bauern werden (Delgado 2017: 376). Um dem Problem knapper fruchtbarer Böden zu entgehen, trieb der MNR, der sowohl von sozialistischen als auch nationalistisch-faschistischen Vorbildern beeinflusst war, die Ansiedlung Hochlandindigener im bolivianischen Tiefland voran. Mit dem Dekret 3464 wurden am 02. August 1953 unter Präsident Víctor Paz Estenssoro tropische und subtropische Zonen zu Siedlungsgebieten erklärt. Durch die Gründung des *Instituto Nacional de Colonización* (Nationaler Kolonisierungsinstitut) nahmen Siedlungsdynamiken in den 1960er Jahren weiter zu. Tieflandindigene sollten unterdessen nach dem Willen der herrschenden Elite durch die wirtschaftliche Ausbeutung in der Agroindustrie »zivilisiert« werden (Delgado 2017: 376-377).

Des Weiteren setzte sich der MNR für eine infrastrukturelle Modernisierung des Landes ein. Dies hatte in den 1960er Jahren im Beni einen Ausbau des Straßennetzes zur Folge. In dieser Zeit sind auch erste Pläne für einen Straßenbau dokumentiert, der das Amazonas-Departement integrieren und mit Cochabamba verbinden sollte. Diese Pläne, die als Grundlage für das aktuell diskutierte Straßenbauprojekt Villa Tunari – San Ignacio de Moxos gelten können, wurden unter der Bezeichnung *Carretera Marginal de la Selva* (etwa: Grenzstraße des Dschungels) geführt (Tamburini 2019: 129). Obwohl die bolivianischen Eliten die infrastrukturelle Verbindung zwischen den Zentren des Landes im Andenraum und der »zu kolonisierenden« Amazonasregion nach der Unabhängigkeit des Landes zu einem nationalen Traum stilisiert hatten, wurden die Straßenbaupläne und die Moder-

nisierungspolitik des MNR von der tieflandindigenen Bevölkerung als Bedrohung wahrgenommen (Achtenberg 2017). Viele fürchteten um ihre traditionelle Lebensart und die Zerstörung indigener Rückzugsräume. Aus diesem Grund unterstützten indigene Entscheidungsträger General René Barrientos Ortuño. Dieser war durch einen Militärputsch gegen den MNR an die Macht gekommen, dem er zuvor selbst angehört hatte.

Im Gegenzug stellte Barrientos, der Bolivien als 47. Präsident von 1964-1969 in Form einer Militärdiktatur regierte, die Isiboro-Sécure-Region unter Schutz und erklärte das Gebiet am 22. November 1965 per Dekret (*Decreto Ley 07401*) zum Nationalpark (Ernst 2015: 73). Ausgehend von der nördlichen Grenzmarke der *departamentos* La Paz, Beni und Cochabamba sollte sich der neu gegründete Nationalpark zu den Höhenrücken der Serranía Marimonos öffnen und entlang der Flussläufe des Natusama und des Sécure bis zu dessen Mündung in den Isiboro führen. Im Süden wurde das Gebiet durch die Flussläufe des Yusama und Isiboro bis zur Mündung des Chipiriri in den Isiboro begrenzt. Im Osten markierten die Isiboroquelle und der Zusammenfluss von Sécure und Isiboro wichtige geografische Referenzen, während die Wasserscheidelinie der Gebirgsketten Sejurma und Mosetenes für die westliche Begrenzung konstitutiv sein sollte. Das auf diese Weise festgelegte Schutzgebiet erhielt den Namen *Parque Nacional Isiboro Sécure* (PNIS) und kann als Vorläufer des heutigen TIPNIS betrachtet werden (Gaceta Oficial de Bolivia, n. d.).

4.2 Die Anfänge der territorialen Selbstverwaltung

In den 1980er Jahren wurde der Erhalt des Nationalparks PNIS durch den sogenannten Koka-Boom herausgefordert. Jobverluste beim staatlichen Bergbauunternehmen *Corporación Minera de Bolivia* (COMIBOL), die sich durch neoliberale Strukturanpassungsmaßnahmen in den 1980er Jahren erklären lassen (siehe Kapitel 7), und Dürreperioden in den Jahren 1983-1987 hatten zu einer verstärkten Migration geführt. Einerseits ins Ausland, nach Argentinien, Spanien und in die Vereinigten Staaten von Amerika (Goodale 2019: 18). Andererseits kam es zu Binnenmigration. Viele ehemalige Bergarbeiter und Bauern des andinen Hochlands wanderten in das hoch über La Paz gelegene urbane Zentrum El Alto ab, das La Paz später in seiner Einwohnerzahl übertreffen sollte. Doch auch die Provinz Chapare im Osten der Cochabamba-Tropen verzeichnete einen enormen Bevölkerungszuwachs. Obwohl der Kokaanbau im Chapare zuvor nicht üblich und traditionell verankert gewesen war (Laing 2015: 13), wandten sich dort viele Migrant*innen aus dem Andenraum dieser Tätigkeit zu (Delgado 2017: 376). Von 1980 bis 1988 verzweifelte sich die Kokaproduktion im Chapare von 24.100 auf 290.000 Tonnen (Horst 2009: 135), sodass die Region neben den Yungas zu einem der größten Koka-Produktionsstandorte des Landes aufstieg. Aufgrund der weltweit gestiegenen Nachfrage für Kokain,

erlebte die bolivianische Kokaökonomie ein goldenes Zeitalter.⁹ Im ersten Jahr der Rückkehr zur Demokratie 1982, die sich unter Präsident Hernán Siles Zuazo der *Unión Democrática Popular* (UDP) vollzog, machte die Kokaökonomie etwa 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Doch auch wenn der Kokaanbau für viele Personen eine lukrative Beschäftigung bot, gestaltete sich der berufliche Umstieg von der beschwerlichen und gesundheitsgefährdenden Minenarbeit auf die Bewirtschaftung der Kokafelder schwierig. Dies lag daran, dass die Drogenpolitik des Staates zunehmend vom harten US-amerikanischen Anti-Drogen-Kurs beeinflusst wurde und zu einer gesellschaftlichen Stigmatisierung von Kokabäuerinnen und Kokabauern führte (Do Alto 2008: 26-27).

Im Zuge der Besiedlung der tropischen Gebiete drangen die Siedler*innen immer weiter in Gebiete der Moxeño-Trinitarios, Yuracarés und Chimanos vor. Dabei verschoben sie mit Ausdehnung des Kokaanbaus die sogenannte Agrarfront (*frontera agrícola*) und verletzten die festgelegten Grenzen des PNIS, was Territorialkonflikte und individuelle Vertreibungen der dort ansässigen indigenen Bevölkerung zur Folge hatte. Ein bereits existierender Weg, den der US-amerikanische Ölkonzern Gulf Oil in den 1960er Jahren zu ersten, aber letztlich gescheiterten Erkundungen von Erdölvorkommen im sogenannten Campamento Parker hatte bauen lassen, beschleunigte die Siedlungsaktivitäten zusätzlich (Lehm 1998: 89; Gavalda 2006: 158). Um ihren Forderungen nach Land und einem Infrastrukturausbau Nachdruck zu verleihen, organisierten sich die migrantischen, kleinbäuerlichen Siedler*innen in Gewerkschaften (*sindicatos*), wie sie es bereits aus dem Bergbau-sektor kannten. 1971 wurde mit der *Confederación Sindical de Colonizadores de Bolivia* (CSCB) ein gewerkschaftlicher Dachverband gegründet, in dem sich die lokalen Koka-Gewerkschaften vereinigten (Delgado 2017: 376).

Zusammenschlüsse waren jedoch nicht nur auf Seiten der Siedler*innen zu verzeichnen. Denn in den folgenden Jahren nahm auch die Kooperation tiefland-indigener Gruppen auf suprakommunaler Ebene zu. Ein Meilenstein war die Gründung der indigenen Dachorganisation *Central de Pueblos y Comunidades Indígenas del Oriente Boliviano* (CIDOB), später umbenannt in *Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia* (Lehm 1999: 99). Diese vollzog sich am 03. Oktober 1982 in Santa Cruz de la Sierra und inspirierte nach Ende der Militärherrschaft indigene Gemeinschaften tieflandweit zur Bildung von Indigenenorganisationen (Guzmán 2020: 14-15). Die Prozesse der Re-Demokratisierung begünstigten nach knapp 20 Jahren der Militärdiktaturen, Repression und soziopolitischer Stagnation (Goodale 2019: 18) die politischen Möglichkeitsstrukturen (Anlauf 2013). Zudem waren indigene Akteur*innen in der Lage, trotz kultureller Differenzen, sprachlicher Hürden, einer oft schwierigen geografischen Verteilung und in manchen Fällen auch Feind-

9 Während der Diktatur von Luis García Meza (1980-1981) waren Regierung und Drogenmafia praktisch in Personalunion verbunden (Horst 2009: 134).

schaftsbeziehungen, Kommunikation und Kooperation herzustellen und dadurch eine »Verlinkung« verschiedener ethnischer Identitäten zu einer ethnienübergreifenden, gesamtindigenen Identität zu ermöglichen. Diese Verlinkung, die Yashar (2005: 71) als »transcommunity network« bezeichnet, ist im bolivianischen Tiefland von externen Akteur*innen gefördert worden. Die Vermittlung von NGOs wie *Apo-yo Para el Campesino-Indígena del Oriente Boliviano* (APCOB), Anthropologen und Vertretern der katholischen Kirche in einem interethnischen Dialogprozess zwischen Chiquitanos, Ayoreos, Guarayos und Izoseño-Guaraníes hat entscheidend zur Bildung der CIDOB beigetragen. Zudem erhöhte die externe Unterstützung den Bekanntheitsgrad der Dachorganisation, die später 34 verschiedene Ethnien repräsentieren und sich zu einem wichtigen Interessenvertretungsorgan für die ostbolivianischen indigenen Gemeinschaften entwickeln sollte (Kemlein 2009: 209).

Im *Parque Nacional Isiboro Sécure* fassten Bewohner*innen des Parks auf einem Corregidorentreffen (*encuentro de corregidores*), das vom 21. bis zum 24. Juli 1988 in Puerto San Lorenzo am Ufer des Río Sécure stattfand, den Beschluss, mit der *Subcentral de Cabildos Indígenales de la Región Isiboro Sécure* eine erste indigene Repräsentationsinstanz zur territorialen Selbstverwaltung zu gründen. Das Treffen fand auf Wunsch der indigenen PNIS-Gemeinden mit Unterstützung der 1987 gegründeten Zentrale der indigenen Cabildos der Moxeños (CCIM) statt, aus der auf dem *Primer Congreso de los Pueblos Indígenas del Beni* im November 1989 die auf Departement-Ebene aktive Zentrale der indigenen Völker des Beni (CPIB) hervorging. Außerdem waren das Kulturzentrum *Casa de la Cultura* sowie das damals wichtige, aber mittlerweile aufgelöste Forschungs- und Dokumentationszentrum für die Entwicklung des Beni (CIDDEBENI) an der Organisation der Veranstaltung beteiligt. Zum ersten Vorsitzenden der Subzentrale wurde der Moxeño-Trinitario Marcial Fabricano gewählt. Den Vizevorsitz hatte der Yuracaré Rufino Yaveta inne. Außerdem wurde festgelegt, dass die Subzentrale eine Sektion für Frauen erhalten sollte. Dies war der Beginn der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS*, die in ihrer Anfangszeit von Leticia Moya als Vorsitzende und Neide de Jou als Vize-Vorsitzende geführt wurde (CIDDEBENI 1988).

In Koordination mit CIDDEBENI gelang es der *Subcentral Isiboro-Sécure*, eine zunehmend aktive Rolle in der Verwaltung des Parks einzunehmen. Diese Aufgabe hatte seit 1974 dem Zentrum für Forstentwicklung (*Centro de Desarrollo Forestal*) obliegen, dessen Beamte jedoch nur wenig Verantwortungsbewusstsein für Flora und Fauna des Gebiets zeigten. Genehmigungen, Förderung und Finanzierung von Aktivitäten der Holzextraktion sowie die Ausbeutung und Kommerzialisierung von Wildtieren gingen auf das Konto dieser Behörde. Durch die allmähliche und bis 1997 zunächst inoffizielle Übernahme der Gebietsverwaltung war es der indigenen Subzentrale jedoch möglich, lokale soziale Kontrolle auszuüben und Verantwortung für den Schutz des Gebiets zu tragen (SERNAP 2004: 65).

Vom Ersten Protestmarsch zur Anerkennung des Territoriums

Im Jahr 1990 organisierten indigene Tieflandvölker unter Führung von Ernesto Noe der *Central de Pueblos Indígenas del Beni* (CPIB), Marcial Fabricano (*Subcentral Isiboro-Sécure*), Antonio Coseruna (Autorität der Chimanes) und Tomás Ticuasú des Sirionó-Volks einen vielbeachteten Protestmarsch für Territorium und Würde (*marcha indígena por territorio y dignidad*). Ziel war es, die Sichtbarkeit der tieflandindigenen Völker auf nationaler Ebene zu erhöhen und ein Zeichen gegenüber dem Staat zu setzen, der aus der Tieflandperspektive als exkludierend, diskriminierend, andenzentriert und elitär wahrgenommen wurde. Zudem sollte die Aufmerksamkeit der Politik auf die Problematiken der Besiedlung der Isiboro-Sécure-Region durch externe Bevölkerungsgruppen und der unkontrollierten, extraktiven Holzwirtschaft im nordwestlich des PNIS gelegenen *Bosque de Chimanes* (Wald der Chimanes) gelenkt werden (Guzmán 2020: 16; Lehm 1999: 117-118).

Ab dem 16. August 1990 liefen die Protestteilnehmenden 34 Tage lang von Trinidad, der Hauptstadt des Departements Beni, hinauf bis ins etwa 600 Kilometer entfernte und auf knapp 4000 Metern Höhe gelegene La Paz, dem Regierungssitz Boliviens. Der Protestmarsch für Territorium und Würde stieß auf eine unerwartet hohe mediale Resonanz. Bis zum Ziel wuchs der Protestzug, der mit ca. 300 Personen gestartet war, auf 800 Personen an. Mit ihrem Protest gelang es den beteiligten Tieflandindigenen, Moxeños (Trinitarios und Ignacianos), Yuracarés, Chimanes, Sirinós, Tacanas, Guaraníes und Mosetenes (Lehm 1999: 118), die Regierung von Jaime Paz Zamora (1989-1993) des *Movimiento de Izquierda Revolucionaria* (MIR) dazu zu bewegen, einige indigene Tieflandgebiete als *territorios indígenas* anzuerkennen; darunter das Schutzgebiet PNIS und den *Bosque de Chimanes*. Paz Zamora erließ zu diesem Zweck am 24. September 1990 das *Decreto Supremo* 22610. Um dem Doppelstatus des PNIS als Nationalpark und indigenes Territorium Ausdruck zu verleihen, wurde das PNIS in *Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécure* (TIPNIS) umbenannt (Tamburini 2019: 129).

Rechtliche Konsequenzen hatte die Anerkennung als indigenes Territorium jedoch vorerst nicht. Dies änderte sich erst am 25. April 1997 als das TIPNIS von Präsident Gonzalo »Goni« Sánchez de Lozada (1993-1997; 2002-2003) der MNR-Partei als indigenes bzw. »ursprüngliches« Gemeinschaftsland (*Tierra Comunitaria de Origen*, TCO) zertifiziert und der indigenen Subzentrale als provisorische Schenkung übergeben wurde. Die Subzentrale hatte sich zum damaligen Zeitpunkt bereits in *Subcentral TIPNIS* umbenannt und galt seit November 1996 auf Grundlage des Partizipationsgesetzes (*Ley* 1551) von 1994 als staatlich anerkanntes Rechtssubjekt. Für die Schenkung stellte das 1996 gegründete *Instituto Nacional de Reforma Agraria* (INRA) der *Subcentral TIPNIS* einen Territorialtitel mit der Bezeichnung TCO NAL-000002 aus. Mit dem Territorialtiteldokument lag zum ersten Mal eine präzise Flächenangabe des Territoriums vor (SERNAP 2004: 6). Demnach war das Schutz-

gebiet, im Vergleich zu den bereits genannten, vagen Grenzbeschreibungen im Gründungsdekret des Nationalparks von 1965, um eine etwa fünf Kilometer breite Pufferzone erweitert worden. Dadurch wurden weitere indigene Gemeinden ins TIPNIS aufgenommen, die jenseits der Flüsse Sécuré und Isiboro lagen, die zuvor die Nord- und Ostgrenzen markiert hatten. Die Gesamtfläche des TIPNIS wurde im TCO-Dokument mit 12.362,96 km² beziffert. Diese Fläche ist größer als der Libanon, Katar oder Jamaika. Für die indigenen Gemeinschaften bedeutete die Titelvorgabe nach Artikel 3 des sogenannten INRA-Gesetzes (Ley 1715) das Recht auf die exklusive nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen, nicht jedoch die Verfügungsgewalt über nicht-erneuerbarer Ressourcen. Fragen der Verteilung und Umverteilung innerhalb des Territoriums für individuelle oder familiäre Zwecke sollten künftig durch eigene Regeln und Bräuche vorgenommen werden können (Congreso Nacional 1996).

Die Anerkennung des TIPNIS als TCO ist im Kontext einer Reformagenda zu betrachten, die die neoliberale Regierung des ehemaligen Minengroßunternehmers Sánchez de Lozada mit ihrem Regierungsprogramm *El Cambio para Todos* (Der Wandel für alle) vorantrieb. Ziel war neben Modernisierungen in den Bereichen Wirtschaft, Verfassung, staatlicher Verwaltung, Justiz und Bildung auch die soziale Inklusion der indigenen Völker (Fortún 2013: 94). Eine Verfassungsänderung im Jahr 1994 definierte Bolivien als multi-ethnischen und plurikulturellen Staat (Art. 1). Sozioökonomische und kulturelle Rechte der indigenen Bevölkerung wurden formell anerkannt (Constitución Política de 1967 con Reformas de 1994 n. d.). Weitere rechtliche Meilensteine waren das bereits genannte Partizipationsgesetz (Ley 1551/1994) sowie die Bildungsreform von 1994 (Ley de Reforma Educativa), die zum ersten Mal Schulunterricht auf nicht-spanischen bolivianischen Muttersprachen ermöglichte. Die gesetzlichen Vorgaben für die Vergabe von TCO-Titeln regelte das INRA-Gesetz (Ley 1715), das aus Sicht indigener Gemeinschaften innerhalb der Reformagenda einen hohen Stellenwert einnahm und als zweite Agrarreform nach 1953 galt.¹⁰

Dieser Regierungskurs des staatsgelenkten Multikulturalismus (Postero 2007: 124-125) erfolgte keinesfalls aus altruistischen Gründen. Stattdessen lassen sich die Top-Down-Verordnungen als taktische Nebelkerzen verstehen, hinter denen die Logik des Machterhalts der herrschenden, weißen Elite stand (Ribera 2018:

10 Unter Leitung der *Coordinadora de los Pueblos Étnicos de Santa Cruz* (CPESC) hatten tiefeland-indigene Gruppen im August 1996 einen Protestmarsch »für Territorium, Entwicklung und politische Partizipation der indigenen Völker« durchgeführt (Ontiveros et al. 2006: 23-24). Angesichts dieser Protestaktion, die im Departement Santa Cruz stattfand, wurde ein indigenes Verhandlungsteam zu Gesprächen mit der Regierung eingeladen. Dabei gelang es den indigenen Unterhändlern, zentrale Forderungen in den Prozess zur Gestaltung des INRA-Gesetzes miteinfließen zu lassen.

80). Diese basierte auf dem sogenannten neoliberalen Frieden (pax neoliberalis), der zwischen den weißen Eliten und Teilen der indigenen Bevölkerung herrschte. Reformorientierte indigene Anführer des Katarismo, einer Protestbewegung der 1970er und 1980er Jahre im Altiplano, hatten sich nach Ende der Militärherrschaft auf eine paktierte Demokratie eingelassen. Die Revolutionäre Befreiungsbewegung Túpac Katari (MRTKL) war Bündnispartei des MNR. MRTKL-Führer Víctor Hugo Cárdenas aus dem Aymara-Volk wurde unter Sánchez de Lozada erster indigener Vizepräsident Boliviens (1993-1997).

Im Anschluss an den ersten tieflandindigenen Protestmarsch von 1990 kamen indigene Forderungen zunehmend zurück auf die nationale politische Agenda. Dies hatte bereits die Paz-Zamora-Regierung dazu veranlasst, am 11. Juli 1991 die ILO-Konvention 169 von 1989, die wichtigste bindende, internationale Norm indigener Rechte, zu ratifizieren (Ley 1257). Aus Sicht von Rivera Cusicanqui war es ein Ziel der Sánchez-de-Lozada-Regierung, den nach 1990 zunehmenden Einfluss indigener Akteur*innen auf die Regierung zurückzudrängen. Die Reformen des staatsgelenkten Multikulturalismus, die mit Hilfe des indigenen »Vorzeige-Vizepräsidenten« Cárdenas umgesetzt wurden (Rivera 2018: 80), lassen sich als Kalkül der bolivianischen Eliten betrachten, den aufkeimenden indigenen Aktivismus mit zuvorkommenden Zugeständnissen auszubremsen. Vor diesem Hintergrund lassen sich auch die TCO-Zertifizierungen nicht nur als Akt der Anerkennung verstehen. Denn wie Rivera Cusicanqui (2018: 81) unterstellt, waren mit diesem Schritt Erwartungen verbunden, dass sich die *pueblos indígenas* als »gute[...] Wilde« und »Hüter der Natur« in ihre Territorien zurückziehen und sich in ein »kulturelles Schmuckstück des Neoliberalismus« verwandeln würden. Anstatt sich auf ihr Potenzial zur politischen Einflussnahme zu konzentrieren, sollten sich Indigene der Kleinteiligkeit ihrer Territorien zuwenden (Rivera 2015: 84). Mit dem stereotypisierenden Bild des »Ursprungs«, das sich im Begriff der *Tierras Comunitarias de Origen* verbirgt, hätten Indigene als kleine Minderheiten und Überbleibsel einer stillstehenden, statischen und archaischen Vergangenheit charakterisiert und ihnen der Zugang zu den Kämpfen der Modernität verwehrt werden sollen (Rivera 2018: 81).

Territorialtitel und doch kein Schutz?

Eine Folge der Zertifizierung des TIPNIS und anderer tieflandindigener Territorien war, dass nach Maßgabe des INRA-Gesetzes zuerst ein aufwendiger Prozess der Landsanierung (*saneamiento*) durchgeführt werden musste, bevor die indigene Bevölkerung Nutzen aus den TCO-Titeln ziehen konnte. Im Fall des TIPNIS kam der INRA-Behörde die Aufgabe zu, das Territorium zu vermessen sowie Nutz- und Schutzflächen auszuweisen. Privatbesitz Dritter sollte identifiziert und entweder enteignet oder anerkannt werden. Bei Anerkennung von Privatbesitz sollten aus Kompensationsgründen Ausgleichsflächen gesucht werden, um den indigenen Ge-

meinschaften eine Fläche übergeben zu können, die der im TCO-Dokument vereinbarten Größe von 12.362,96 km² entsprach (INRA 2016).¹¹ Nach Vorgabe der im INRA-Gesetz festgelegten Modalität des *saneamiento de Tierras Comunitarias de Origen* (SAN-TCO), die speziell für TCOs entwickelt worden war, sollten die indigenen Gemeinschaft des TIPNIS am *saneamiento*-Prozess beteiligt werden. Aus diesem Grund begleiteten ortskundige indigene Vertreter des TIPNIS INRA-Mitarbeiter bei ihrer Feldarbeit und versorgten die indigenen Gemeinden mit aktuellen Informationen zum Stand des Prozesses (Tamburini 2019: 14).

Mit Ausnahme eines ersten Pilotprojekts zur Flächensanierung im November 1999, das zu Privatgrundenteignungen einiger Viehzüchter in einem priorisierten, ca. 310 km² großen Areal im Nordosten des Territoriums geführt hatte, machte der *saneamiento*-Prozess keine nennenswerten Fortschritte. Erst in den Jahren 2003 bis 2007 wurden die übrigen Flächen des TIPNIS, die die INRA-Behörde in geografische Einheiten (Polygone) eingeteilt hatte, saniert (Tamburini 2019: 129). Die zeitliche Verzögerung stellte die indigenen Gemeinschaften vor ein gravierendes Problem.¹² Im südlichen Teil des TIPNIS hatten sie dazu geführt, dass die dort ansässige Siedlergemeinschaft eine immer größere Kontrolle ausüben konnte. Denn solange der *saneamiento*-Prozess noch nicht abgeschlossen und Fragen zur Gebietsaufteilung nicht vollständig geklärt worden waren, breiteten sich die Siedler*innen weiter im TIPNIS aus. Dabei verstießen die *colonos* gegen eine Vereinbarung, die sie 1994 mit Vertretern des Agrarministeriums und der *Subcentral TIPNIS* getroffen hatten. Nach dieser Übereinkunft, die nach einer zweijährigen Verhandlungsphase erzielt worden war, sollte die Fläche der Siedler*innen auf 92.000 Hektar begrenzt werden. Zwischen dem Siedlungsgebiet und dem restlichen TIPNIS war eine georeferenzierte und mit Grenzsteinen markierte rote Linie (*línea roja*) eingerichtet worden, die jedoch durch die Expansion der Siedler*innen zunehmend unter Druck geriet. Heute, nach mehrmaliger Ausweitung der roten Linie, umfasst das Siedlungsgebiet, das im Zuge der Flächeneinteilung der INRA-Behörde unter der Bezeichnung *polígono 7* (Polygon 7) bekannt wurde, 123.000 Hektar (Colque 2017: 22).¹³

11 Eine Anerkennung von Privatgrund (z. B. einer landwirtschaftlichen Parzelle) sollte nach Artikel 2 des INRA-Gesetzes erfolgen, sofern dieser einen Beitrag zum Wohlbefinden der Eigentümer*innen, indigener Völker oder ländlicher Gemeinden leistete und somit eine sozial-ökonomische Funktion (*Función Económico-Social*) erfüllte. Anerkannte Agrarbetriebe sollten sich zur Erhaltung der Biodiversität nach den Prinzipien einer nachhaltigen Bewirtschaftung richten. Großgrundbesitz war laut INRA-Gesetz nicht erlaubt (Congreso Nacional 1996).

12 Im Juni 2000 protestierten Tieflandindigene unter Federführung der CPESC und einiger amazonischer Völker mit einem dritten Protestmarsch für die Beschleunigung des *saneamiento*-Prozesses in indigenen Territorien (Guzmán et al. 2007: 204; Guzmán 2012: 19).

13 Die INRA-Behörde begünstigte die Landnahme der Siedler*innen, indem sie bei der Flächenverteilung im Polygon 7 nicht nach der SAN-TCO-Modalität vorging, sondern diese größten-

4.3 Forcierung des TIPNIS-Straßenbauprojekts

Auf Betreiben der Siedlergemeinschaft des Polygon 7 und der Präfekturen des Beni und Cochabamba (seit 2010 Autonome Departementsregierungen genannt) nahm die Diskussion um die Idee eines Straßenbaus im TIPNIS – ungeachtet der Schutzbestimmungen des Territoriums – in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre neue Dynamiken an (Centro de Estudios y Apoyo al Desarrollo Local, CEADL 2011: 21). Zusätzliche Impulse kamen ab 1997 nach Amtsantritt des Präsidenten Hugo Banzer der *Acción Democrática Nacionalista* (ADN) auch von gesamtstaatlicher Seite.¹⁴ Ein deutlicher Schub war die Einführung der Kategorie *Red Fundamental de Carreteras* im Jahr 1998, mit der das bolivianische Straßennetz umstrukturiert und einzelne Straßenbauprojekte für die Umsetzung priorisiert werden sollten. Dieser Kategorie wurde das Straßenbauprojekt Villa Tunari – San Ignacio de Moxos am 17. April 2003 hinzugefügt. Zu diesem Zweck erließ die Regierung Sánchez de Lozada II (2002–2003) ein entsprechendes Dekret (*Decreto Supremo* 26996), ausgestellt vom parteilosen Vizepräsidenten Carlos Mesa Gisbert, der kurze Zeit später am 17. Oktober 2003 Sánchez de Lozadas Nachfolger im *Palacio Quemado* werden sollte. Als Staatspräsident autorisierte der als konservativ geltende Mesa am 24. Oktober 2003 auch die Akquise finanzieller Ressourcen für den Bau und die Asphaltierung der TIPNIS-Straße (Ley 2530). Dies ist insofern bemerkenswert, als dass Mesa später, während der Präsidentschaft von Evo Morales, überwiegend als Skeptiker des Projekts in Erscheinung trat.¹⁵ Bei den nationalen Wahlen am 20. Oktober 2019 galt Carlos Mesa, der für das Wahlbündnis *Comunidad Ciudadana* (CC) als Präsidentschaftskandidat angetreten war, als Morales' schärfster Konkurrent.

Die Rivalität der beiden Politiker hatte sich bereits während Mesas Präsidentschaft (2003–2005) gezeigt. In dieser Zeit befand sich Bolivien in einer der schwersten soziopolitischen Krisenphasen seiner Geschichte, die in der Amtszeit von Sánchez de Lozada in einem Konflikt um den staatlichen Umgang mit Gasreserven ihren Anfang genommen hatte. Auslöser waren Pläne der Regierung, Flüssiggas über den Pazifikhafen Mejillones im »verfeindeten« Nachbarland Chile ohne Wertschöpfung in Bolivien und zu unterdurchschnittlichen Marktpreisen in die USA zu exportieren, während große Teile der bolivianischen Bevölkerung nicht einmal

teils der lokalen Bevölkerung überließ. Besitzansprüche der Siedler*innen wurden vom *Instituto Nacional de Reforma Agraria* (INRA) anschließend anerkannt und zertifiziert (Tamburini 2019: 13; 129).

- 14 1997 war der Ex-Militärdiktator erneut, jedoch zum ersten Mal durch Wahl, zum Präsidenten des Landes ernannt worden.
- 15 Dies war beispielsweise im August 2017 zu beobachten als er sich in sozialen Medien besorgte über die Konsequenzen des Projekts für die nachhaltige Entwicklung des TIPNIS äußerte (Agencia de Noticias Fides 14.08.2017).

über einen Gasanschluss verfügten.¹⁶ Als Reaktion regte sich ein Volksaufstand, bekannt als *guerra del gas* (Gaskrieg), der mit landesweiten Protesten und Straßenblockaden die Annullierung der Exportverträge und den Rücktritt des Präsidenten forderte. Der Konflikt eskalierte im »schwarzen Oktober« als die Regierung die bolivianische Armee mit Panzern und schwerem Kriegsgerät gegen Demonstrant*innen in El Alto vorgehen ließ. Dabei kam es unter den Protestierenden zu 63 Toten und 257 Verletzten. Aufgrund anhaltender Proteste floh Sánchez de Lozada ins US-amerikanische Exil (Horst 2009: 166-167). Carlos Mesa rückte, wie verfassungsmäßig vorgesehen, in die Position des Übergangspräsidenten auf. Als solcher distanzierte er sich von der Militärgewalt und bemühte sich, gemäßigt aufzutreten.¹⁷

Politische Kräfte, die eine rasche Verstaatlichung des Energiesektors forderten, setzten Mesa zunehmend unter Druck. Zu diesen zählte vor allem eine Partei: Der von Evo Morales angeführte *Movimiento al Socialismo* (MAS). Angesichts parlamentarischen Widerstands, Straßenblockaden und Demonstrationen, die auch als zweiter Gaskrieg bezeichnet wurden, sah sich Mesa zum Rücktritt gezwungen. Die darauffolgenden Wahlen am 18. Dezember 2005, die der Übergangspräsident und ehemalige Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs Eduardo Rodríguez Veltzé vorbereitet hatte, bedeuteten schließlich einen Paradigmenwechsel für die bolivianische Politik und eine Bestätigung für die MAS-Partei: Mit 53,74 Prozent der Stimmen rückte Evo Morales am 22. Januar 2006 in die Position des Präsidenten auf. Er hatte das beste Wahlergebnis eines Präsidentschaftskandidaten nach Ende der Militärdiktaturen erzielt (Do Alto 2008: 26; 33).

In der Wissenschaft wird die Wahl von Evo Morales oft als historische Zäsur und Meilenstein des »indigenen Erwachens« in Lateinamerika betrachtet (Ernst/Schmalz 2009: 5; Peñaranda 2013: 12). So strebte der erste demokratisch gewählte indigene Präsident des Landes eine Transformation der politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse an, die er als *Proceso de Cambio* (Prozess des Wandels) bezeichnete. Die Regierung versprach, die Diskriminierung und Marginalisierung der indigenen Völker zu beenden, die Logik der kolonialen Macht zu hinterfragen und Bolivien zu dekolonisieren (Mamani 2009: 68). Eine *Revolución Democrática y Cultural* (demokratische und kulturelle Revolution) sollte das Land

16 1879 musste Bolivien nach dem verlorenen Pazifischen Krieg (auch Salpeterkrieg genannt) seine ressourcenreichen Küstenprovinzen an Chile abtreten. Dadurch verlor das Land seinen Meerzugang. Diesen Verlust haben bolivianische Regierungen bis heute nicht akzeptiert.

17 Da er hoffte, den Gaskonflikt mit einem Referendum lösen zu können, ließ er im Juli 2004 die Bevölkerung über den Umgang des Staats mit den natürlichen Gasreserven abstimmen (Peñaranda 2013: 12). Das Ergebnis des Referendums deutete auf einen Rückhalt der Bevölkerung für die Politikvorschläge Mesas hin. Allerdings war das Referendum, wie Ulrich Godeking und Moira Zuazo schreiben (2006: 9), von zweifelhafter Qualität. Die Fragen waren kompliziert gestellt worden und erschwerten eine klare Positionierung.

nachhaltig verändern. Morales, der selbstbewusst wahlweise mit seinem markanten volkstümlichen Pullover (*chompa*) oder seiner landestypisch verzierten Lederjacke (*chamarra*) auftrat und sich bevorzugt bei seinem zweiten Vornamen »Evo« rufen ließ, avancierte landesweit zur indigenen Identifikationsfigur.

Auch wenn er selbst aus dem Aymara-Volk stammte, in einer symbolträchtigen Zeremonie in der Ruinenstätte Tiwanaku Herrscherweihen des Aymara-Volks empfangend und sich als Apumallku (höchste Autorität) ausrufen ließ (Postero 2017: 6), sahen sich nicht nur hochlandindigene Personen von Morales repräsentiert. Auch im bolivianischen Tiefland konnte Morales auf den Rückhalt der indigenen Bevölkerung zählen. Ein deutliches Zeichen dafür war die Tatsache, dass die Konföderation der indigenen Völker Boliviens (CIDOB), mit ihren zugehörigen regionalen Untergruppen und Organisationen, dem *Pacto de Unidad* beigetreten war (Do Alto 2008: 27). In diesem Einheitspakt waren seit 2004 Indigene, Landwirte, Siedler und Kokabauern organisiert, die mit ihrer Unterstützung Morales' Aufstieg zum Präsidenten ermöglichten (Farthing/Kohl 2014: 36). Wichtige Akteure dieses Einheitspakts waren neben der CIDOB der Dachverband der bolivianischen Kleinbauern und Landarbeiter (CSUTCB), die Siedler-Konföderation (CSCB) sowie die Föderation der Landfrauen Bartolina Sisa (FNMCB-BS). Auch die Konföderation CONAMAQ der hochlandindigenen Gemeinschaften, den sogenannten *ayullus* und *markas* der Aymaras, Quechuas und Urus, lässt sich dazuzählen.¹⁸

Morales war es gelungen, diese heterogenen Organisationen im *Pacto de Unidad* im Zeichen des *Proceso de Cambio* zusammenzuführen. Im Gegensatz zu Felipe Quispe (genannt »El Mallku«), der sich als Aymara mit seinem *Movimiento Indígena Pachakuti* (MIP) ebenfalls um das Präsidentenamt beworben hatte, beschränkte sich Morales nicht auf eine aymarazentrierte Politik, sondern bemühte sich, alle Bolivianerinnen und Bolivianer anzusprechen. Stärker als andere linksgerichtete Regierungen des lateinamerikanischen Linksrutschs (*pink tide*), die ihre Macht ebenfalls auf soziale Bewegungen stützten, wie etwa die Lula- oder die Chávez-Regierungen in Brasilien und Venezuela, konnte er seine politischen Ambitionen ideologisch an verschiedene, bereits geführte Protestzyklen und soziale Kämpfe anknüpfen (Do Alto 2008: 26).

Dies galt nicht nur für die Kämpfe der Kokabauern (zu denen er selbst zählte) zur Entkriminalisierung der Kokapflanze. Und ebenfalls nicht nur für die Proteste sozialer Bewegungen, die von 2000 bis 2005 vor allem im Hochland gemeinsam mit dem MAS gegen die Privatisierung der Wasserversorgung (*guerra del agua*) und die nationale Erdgas- und Erdölpolitik (*guerra del gas*) demonstriert und eine Rücknahme neoliberaler Wirtschaftsreformen seit 1985 gefordert hatten (Kemlein 2009:

18 Als *ayllu* wird eine andine Gemeinschaft einer oder mehrerer Familien bezeichnet. Ein *marka* besteht aus mehreren *ayullus*. Qullasuyu ist eine Hochlandregion in Bolivien, die einst zum Inka-Reich gehörte (Laing 2015: 18; in Bezugnahme auf Andolina/Radcliffe/Laurie 2005).

210). Wahlplakate zeigten Morales sowohl in der Tradition von Ernesto »Che« Guevara, dem berühmten argentinischen Revolutionär, der 1967 nach einem Aufstand in Bolivien exekutiert wurde, als auch in der Nachfolge des Aymaras Julián Apaza Nina (besser bekannt als Túpac Katari), der 1781 eine Rebellion der indigenen-bäuerlichen Bevölkerung gegen die Spanier anführte (Goodale 2019: 21). In den Spuren Kataris verkörperte er ethnienübergreifend indigenes Empowerment. Aus diesem Grund ist die politische Unterstützung tieflandindigener Akteur*innen für Morales auch als gewaltfreier Protest gegen die etablierten, weißen Eliten zu sehen, die der indigenen Bevölkerung oftmals mit rassistischer Diskriminierung begegneten (Delgado 2017: 379).¹⁹

Morales weckte Hoffnungen, dass das bolivianische Volk mit seinem hohen indigenen Bevölkerungsanteil seine Würde zurückerlangen und ein neues Selbstbild erhalten könne (Farthing/Kohl 2014: 1-2; Mamani 2009: 72). Auch im TIPNIS, dessen Repräsentationsorgane der CIDOB angegliedert waren, konnte Morales mit breiter Unterstützung rechnen (Interview Nogales 05.06.2019). Nach der Wahl von Morales gehörte die CIDOB zu einer Gruppe von Organisationen und sozialen Bewegungen, die sich am 22. Januar 2007 in der sogenannten *Coordinadora Nacional por el Cambio* (CONALCAM) zusammenschlossen und das Ziel verfolgten, die Regierung sowie den *Proceso de Cambio* vor der konservativen Opposition zu verteidigen. 2008 gingen die Mitglieder der CONALCAM, deren Vorsitz Morales innehatte, für den Präsidenten auf die Straße. Anlässlich eines Vertrauensreferendums, dem sich Morales zum Zweck der Konsolidierung seines *Proceso de Cambio* stellte, führten sie eine Unterstützungskampagne durch (De la Torre 2013: 9). Das *referéndum revocatorio*, bei dem außerdem die Amtsverbleibe des Vizepräsidenten und der Präfekte (später Gouverneure genannt) der Departements zur Disposition standen, konnte Morales am 10. August 2008 mit 67,41 Prozent der Stimmen zu seinen Gunsten entscheiden.

Der breite Rückhalt für den Präsidenten sollte jedoch nur wenige Jahre andauern. Ab 2010 eskalierten einzelne Konflikte zwischen der Regierung und einigen ihrer eigenen Unterstützer*innengruppen sowie zwischen verschiedenen sozialen Bewegungen und Indigenenorganisationen. Im Zentrum dieser Konflikte, die in der Regel auf lokaler Ebene verblieben, standen zumeist sektorspezifische

19 Wie Äußerung von Morales' Nachfolgerin, der rechtsgerichteten, evangelikalen Interimspräsidentin Jeanine Áñez Chávez, zeigten, konnte das Problem des Rassismus in der bolivianischen Gesellschaft bis in die höchsten Regierungsämter auch nach seiner Präsidentschaft nicht als beendet gelten. Nichtsdestotrotz wäre es eine schwierige Herausforderung für künftige Generationen, Morales' politisches Erbe einer gewissen Emanzipation der indigenen Völker rückgängig zu machen. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2019 hatte Áñez Morales despektierlich einen »armen Indio« genannt. Am 13. Juni 2013 hatte sie Aymaras, die das traditionelle Neujahrsfest begingen, als Satanisten bezeichnet (Biosca 14.11.2019).

Angelegenheiten und Auseinandersetzungen über Dienstleistungen der Regierung (Bertelsmann-Stiftung 2020: 29). Die CIDOB verhielt sich gegenüber der Morales-Administration zunächst defensiv, auch weil ihr Vizevorsitzender Pedro Nuni 2009 als MAS-Abgeordneter ins Parlament gewählt worden war (Laing 2015: 130). Diese MAS-nahe Haltung der CIDOB und der ihr angegliederten territorialen Indigenenorganisationen änderte sich mit zunehmender Eskalation des TIPNIS-Konflikts, bei dem Akteur*innen des *Pacto de Unidad* zum ersten Mal die Transformationsagenda der Regierung offen in Frage stellten.

Spätestens seit Veröffentlichung eines Nationalen Entwicklungsplans im Jahr 2007 war klar, dass die Regierung den Verkehrsinfrastrukturausbau als Schlüsselement für die Armutsreduzierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in Bolivien erachtete und hohe Investitionen in diesem Bereich anstrebte (Ministerio de Planificación del Desarrollo 2007: vii; 200-201). Die Regierung zeigte sich vom wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Nutzen des Straßenbauprojekts im TIPNIS überzeugt. Sie betonte, dass das Ziel der Straße darin bestehe, die Isiboro-Sécure-Region zu erschließen, die isolierten TIPNIS-Gemeinschaften in die Entwicklung des Landes zu integrieren, infrastrukturell anzubinden und ihnen das Recht auf Bildung und Gesundheit zu gewähren (Delgado 2017: 373; Ernst 2015: 75-76). Vizepräsident Álvaro García Linera argumentierte modernisierungstheoretisch, indem er auf die Potenziale der Straße für die Überwindung der »Unterentwicklung« der TIPNIS-Bevölkerung verwies (Ernst 2015: 75). Der Soziologe und Ex-Guerillero des von Che Guevara inspirierten *Ejército Guerrillero Túpac Katari* (EGTK) galt als intellektueller Kopf der Regierung, der den *Proceso de Cambio* (in marxistischer und kataristischer statt in guevaristischer Richtung) ideologisierte (Goodale 2019: 49).

Die Verheißungen auf Fortschritt und Wohlstand konnten jedoch einen Großteil der TIPNIS-Bevölkerung nicht überzeugen. Morales' ambitioniertes Entwicklungsvorhaben geriet in ein Spannungsverhältnis mit der Selbstbestimmung der indigenen Gemeinden. Denn obwohl die *Subcentral TIPNIS* als indigenes Repräsentationsorgan in Briefen und Resolutionen ihre Ablehnung gegen die Planungen der Fernstraße signalisiert hatte, wich Morales nicht von seinem Kurs ab. Stattdessen machte er deutlich, dass die TIPNIS-Straße zu seinen vordringlichsten Projekten zählen sollte. Bereits in seinem ersten Amtsjahr ließ er den Straßenbau vom Parlament am 22. September 2006 per Gesetz (Ley 3477) zur nationalen und departementalen Priorität erheben (Gaceta Oficial de Bolivia 2006). Am 04. August 2008 schloss die Regierung einen Vertrag zum schlüsselfertigen Bau der Straße mit dem brasilianischen Unternehmen OAS Ltda. ab. Die Finanzierung wurde in mehreren Etappen unter Vermittlung der brasilianischen Regierung von Luiz Inácio Lula da Silva ausgehandelt (Garzón/Schilling-Vacaflor 2012: 6). Am 22. August 2009 einigten sich das *Ministerio de Planificación de Bolivia*, die nationale Straßenverwaltungsbehörde *Administradora Boliviana de Carreteras* (ABC), die OAS Ltda. und die

Brasilianische Entwicklungsbank (BNDES) auf einen Finanzierungsrahmen. Für 80 Prozent der Baukosten sollte die BNDES ein Darlehen ausgeben, die übrigen 20 Prozent sollten durch Mittel der ABC zur Verfügung gestellt werden. Insgesamt wurden Baukosten von 415 Millionen US-Dollar kalkuliert (Anzaldo 2018: 18).²⁰

Wirtschaftliche Interessen

Die umfangreiche Beteiligung Brasiliens bei der Finanzierung des Projekts blieb nicht unbemerkt. Die Frage, welche Interessen das Nachbarland an der TIPNIS-Straße hatte, wurde zum Gegenstand öffentlicher Debatten. Delgado (2017: 374) und Achtenberg (2011: 3) lenken den Blick auf ökonomische Interessen und hegemoniale Vormachtsansprüche Brasiliens auf dem südamerikanischen Kontinent. Die Steigerung von Exportmöglichkeiten durch eine verbesserte Verkehrsanbindung Brasiliens an peruanische und chilenische Pazifikhäfen wird aus dieser Perspektive als strategisches Ziel betrachtet und in Zusammenhang mit der sogenannten Initiative für die Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas (IIRSA) gestellt. Bei der IIRSA handelt es sich um ein Förderprogramm zur kontinentalen Integration und Modernisierung der Transport-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur, das die brasilianische Regierung mit Mitteln der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), der Andinen Förderungs Kooperation (CAF), dem Río-de-la-Plata-Fonds (FONPLATA) sowie der Nationalbank für wirtschaftliche und soziale Entwicklung Brasiliens (BNDES) ins Leben gerufen hatte. Die Realisierung grenzüberschreitender Projekte wie Straßen, Pipelines und Staudämme gehört zum Kerngeschäft der IIRSA (Dietz 2016: 31).²¹

Die Bedeutung der TIPNIS-Straße für die infrastrukturelle Erschließung des Kontinents muss jedoch differenziert betrachtet werden. Denn aufgrund ihrer Süd-Nord-Ausrichtung liegt es nahe, diese nicht als Haupttroute einer interozeanischen Querverbindung anzusehen. Betrachtet man den Verlauf des geplanten TIPNIS-Schnellwegs im Gesamtkontext des kontinentalen Verkehrswegenetzes werden Vorteile für die brasilianische Exportwirtschaft deutlich. Emily Achtenberg (2013: 10), Hanna Lutz und Thomas Stein (2014: 95) weisen darauf hin, dass die

20 Dieser vertragliche Finanzierungsrahmen wurde anschließend am 07. April 2010 vom bolivianischen Parlament bestätigt. Daraufhin wurde am 15. Februar 2011 eine Finanzierungsvereinbarung zwischen der Brasilianischen Entwicklungsbank (BNDES) und den Staaten Bolivien und Brasilien getroffen, die wiederum am 07. Mai 2011 von der Regierung Morales per Gesetz (Ley 112) ratifiziert wurde (Anzaldo 2018: 18).

21 Im Jahr 2000 waren alle zwölf unabhängigen südamerikanischen Staaten, inklusive Bolivien, dieser Initiative beigetreten. Seit 2011 ist die IIRSA als technisches Forum ein institutionalisierter Teil des 2009 gegründeten Südamerikanischen Rats für Infrastruktur und Planung (COSIPLAN) der Union Südamerikanischer Staaten (UNASUR), aus der von 2018 bis 2020 zahlreiche Staaten ausgetreten sind.

Straße die Grenzstädte Guayaramerín und Puerto Ustarez im Nordosten Boliviens besser an die bolivianische Zentralregion anbinden würde. In Villa Tunari würde sie schließlich auf eine der Haupt-Ost-West-Achsen der IIRSA treffen. Besonders die auf den Sojaexport spezialisierte Agroindustrie des benachbarten brasilianischen Bundesstaats Rondônia könnte von dieser Anbindung durch eine erhebliche Verkürzung der Transportwege profitieren (Interview Krekeler 23.05.2019). Von Profitchancen geht Delgado (2017: 383) auch für in Bolivien tätige brasilianische Agroindustrielle aus, die von der Lula-Regierung gezielt gefördert wurden. Doch auch aus bolivianischer Sicht spielt die wirtschaftliche Verflechtung mit dem großen Nachbarstaat eine herausragende Rolle. Brasilien ist nach Angaben der Welthandelsorganisation wichtigster Absatzmarkt des Landes und Großabnehmer für bolivianische Gasexporte (WTO 2019: 48).²² Zudem versprach sich die Morales-Administration, wie der Geschäftsführer der Regierungsbehörde *Autoridad Plurinacional de la Madre Tierra* (APMT) und MAS-Mitglied Iván Zambrana im Interview erklärte, von der TIPNIS-Straße eine bessere wirtschaftliche Verflechtung der amazonischen *departamentos* Beni und Pando mit dem Rest des Landes (Interview Zambrana 01.07.2019). Bestrebungen, das Amazonasgebiet in die nationalen Ökonomien zu integrieren und infrastrukturell zu erschließen, sind in mehreren lateinamerikanischen Ländern zu beobachten. In Kolumbien soll eine 1490 Kilometer lange Straße den Pazifik mit der Region Orinoquía verbinden, die durch mehrere indigene Gebiete führen würde. Dies betrifft auch das Kwesx Yu Kiwe der Nasa, die die Straße aus ihrem Territorium heraushalten wollen (Escárraga 14.04.2021).

Parallel zu den Vorbereitungen zum Bau der TIPNIS-Straße bereitete die Regierung extraktivistische Pläne vor. Nachdem in den 1960er Jahren erste Erkundungen von Erdölvorkommen gescheitert waren, hatte die Regierung mittlerweile Gewissheit über die Existenz großer Mengen des Rohstoffs im Territorium erlangt. Diese Annahme basierte auf Untersuchungen, die vier Jahre nach dem Ersten Protestmarsch von 1990 durchgeführt worden waren. 1994 beauftragten Pan Andean Resources PLC und Repsol Exploración Sécure S.A, ein transnationales Konsortium bestehend aus Repsol España, ELF Hydrocarbures Bolivie, BHP Bolivia und MAXUS Bolivia, das Unternehmen Western Geophysical mit seismischen Messungen in der Isiboro-Sécure-Region, um Erdöl- und Erdgasvorkommen zu identifizieren (Sargent 1998: 464; Lehm 1998: 89-90). Ungeachtet der Folgen für die Umwelt und ohne Rücksicht auf die indigene Bevölkerung zu nehmen, wurden im Zuge der Messungen auch Detonationen mit Dynamitsprengsätzen ausgelöst, die das Ministerium für Umwelt und nachhaltige Entwicklung genehmigt hatte (Sargent 1998: 510;

22 Gleichzeit stammen 16,1 Prozent der bolivianischen Importe aus Brasilien. Nur aus der Volksrepublik China (20,7 Prozent) wird mehr importiert (WTO 2019: 48).

Gavaldà 2006: 161). Ein Bericht der Aktivistengruppe *Territorios en Resistencia* (Territorien im Widerstand) hebt hervor, dass sich die indigenen TIPNIS-Gemeinden unter Führung Marcial Fabricanos gegen diese Untersuchungen wehrten und die Ausbeutung verhinderten (Justel/Cauthin 2017: 6).

Ohne die indigene TIPNIS-Bevölkerung um Erlaubnis zu bitten, geschweige denn zu informieren, stimmte Morales am 23. April 2007 per Gesetz 3672 einem Vertrag zwischen dem staatlichen Erdöl- und Erdgasunternehmen *Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos* (YPFB), der halbstaatlichen brasilianischen Petrobras und Total E&P aus Frankreich zu. Dieser Vertrag sollte es den Unternehmen ermöglichen, fossile Erdölressourcen am Río-Hondo-Block erkunden und ausbeuten zu können, der sich neben dem TIPNIS auch auf die Schutzgebiete Pilón Lajas und Madidi (Departement La Paz) erstreckt. Ein Jahr später, am 16. Juli 2008, erteilte die Regierung eine weitere Konzession. Diesmal an das Unternehmen Petroandina S.A.M., einem Joint Venture aus YPFB und dem venezolanischen Staatsunternehmen PDVSA für die Erdölförderung am Chispani- sowie am Sécure-Block (Gesetz 3911). Beide Konzessionen zusammengekommen sehen die Erkundung und Förderung von Erdöl auf 35 Prozent der Gesamtfläche des TIPNIS vor. Rechtlich sind diese Konzessionen durch die von Morales erlassenen Obersten Dekrete 0676 von 2010 und 2366 von 2015 abgesichert, führten jedoch bis heute nicht zu größeren Unternehmungen der genannten Konzerne im TIPNIS (Coordinadora Nacional de Defensa de los Territorios 2019: 8).

4.4 »¡Todos somos TIPNIS!«

Als am 03. Juni 2011 die ersten Baumaschinen der OAS Ltda. für den Straßenbau Villa Tunari – San Ignacio de Moxos anrückten, regte sich Widerstand in den indigenen TIPNIS-Gemeinden (Martínez 2012: 14; Paz 2012: 11-13). In Koordination mit der CIDOB, der *Subcentral* TIPNIS und den Regionalorganisationen CPIB und CPEM-B bereiteten sich große Teile der TIPNIS-Bevölkerung auf einen massiven Protestmarsch vor (Los Tiempos 29.06.2011; Interview Chávez 18.05.2019).²³ Am 31. Juli 2011 sprach Morales vor Anhängern der MAS-Partei auf einer Versammlung in der südlich ans TIPNIS angrenzenden Chapare-Region. Die versammelten jungen Männer, bei denen es sich hauptsächlich um *cocaleros* handelte, forderte er

23 Schon seit dem 18. Mai 2010 hatte auf Beschluss der führenden Autoritäten der TIPNIS-Gemeinden ein Ausnahmezustand gegolten, der jederzeit eine sofortige Protestmobilisierung ermöglichen sollte (*estado de emergencia y movilización inmediata*). Dieser war auf der XXIX. Außerordentlichen Versammlung der Corregidores des TIPNIS gefasst worden (Laing 2015: 17-18).

dazu auf, die »Kameradinnen«, Yuracarés und Moxeña-Trinitarias in den nahegelegenen TIPNIS-Gemeinden, zu umwerben und im durchaus sexuell verstandenen Wortsinn zu erobern. Auf diese Weise sollten sie dazu beitragen, den Widerstand gegen die geplante Trassenführung des Straßenbauprojekts zu brechen (La Razón 01.8.2011; dokumentiert in Ernst 2015: 79). Wenn auch mit Augenzwinkern formuliert, offenbarte Morales mit dieser Aufforderung eine patriarchale und neokoloniale Denkfigur: Die Eroberung des Anderen als Herrschaftspraxis. Zudem seinen »machistischen Blick« (Ernst 2015: 75) auf die vermeintlich leicht zu vereinnahmenden Frauen.

Dass Morales den Protest mit solchen Äußerungen nicht brechen konnte, zeigte sich am 15. August 2011. An diesem Tag starteten tieflandindigene Akteur*innen einen Protestmarsch »*por la defensa del TIPNIS, por la vida, la dignidad y los derechos de los pueblos indígenas*«. ²⁴ Nach der Zählweise der indigenen Tieflandvölker ist dieser Protestmarsch auch als *Octava Marcha Indígena* (Achter indigener Marsch) bekannt. Die Strecke, die die etwa 700 Teilnehmenden zu Fuß zurücklegen sollten, glich der von 1990 und führte erneut von Trinidad nach La Paz (Schilling-Vacaflor 2013: 202). Erfahrene Protestakteur*innen fühlten sich an den Ersten Protestmarsch erinnert, nur dass sie ihre politischen Forderungen diesmal nicht an eine neoliberale Regierung, sondern an die eines Indigenen richteten, von dem sich viele von ihnen noch immer repräsentiert sahen (Colque et al. 2012: 52).

Zu den Initiator*innen und Protagonist*innen des Protestmarschs zählten neben dem damaligen Vorsitzenden der CIDOB Adolfo Chávez auch Personen wie Bertha Vejarano und Pedro Vare, die damaligen Vorsitzenden der CPEM-B und CPIB. Verantwortlich für die *Subcentral TIPNIS* war der damalige Vorsitzende Adolfo Moye, der jedoch eine Woche vor Beginn des Protestmarschs sein Amt an Fernando Vargas übergab (Berton 28.06.2017). Vorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* zu diesem Zeitpunkt war Julia Molina. Zur Organisation und Koordination des Protestmarschs wurde ein Protestmarschkomitee eingerichtet, dem mit Jenny Suárez die Vizevorsitzende der *Subcentral de Mujeres del TIPNIS* vorstand (La Razón 07.09.2011). Insgesamt 16 tieflandindigene Organisationen schlossen sich im Zeichen indigener Solidarität dem Protestmarsch an, darunter die *Asamblea del Pueblo Guaraní* (APG), die *Central de Pueblos Indígenas del Trópico de Cochabamba* (CIPTCO) und die *Organización Indígena Chiquitana* (OICH). Zudem reihte sich mit dem Dachverband *Consejo Nacional de Ayllus y Markas del Qullasuyu* (CONAMAQ) eine Organisation des Hochlands in den »*bloque indígena*« (indigenen Block) ein, wie der siebenundsechzigjährige Javier Lara, Autoritätsperson der CONAMAQ, im Interview erzählte (Interview Lara 17.05.2019).

24 Übersetzung: »für die Verteidigung des TIPNIS, für das Leben, die Würde und Rechte der indigenen Völker«.

Auf Initiative von Adolfo Chávez der Tacana-Ethnie führten die Protestierenden weiße Fahnen mit dem Symbol einer *Patujú*-Tropenpflanze in den bolivianischen Nationalfarben Rot, Gelb und Grün mit sich (Rot steht für das Blut der Märtyrer der Nation, Gelb für den mineralischen Reichtum und Grün für die Fülle natürlicher Ressourcen des Landes). Die Verwendung dieser Fahnen sollte für die tiefländigen Völker identitätsstiftend wirken und als ostbolivianische Reaktion auf die andine *wiphala* verstanden werden, die nach dem Verständnis des MAS als »catch all«-Repräsentationssymbol für die heterogenen indigenen Identitäten Boliviens fungieren sollte. Durch die Verfassung von 2009 war die *wiphala* zum offiziellen Staatselement erhoben worden und wird seitdem an der Seite der Trikolore gehisst. Die *Patujú*-Fahne sollte als vergleichbares Nationalsymbol des bolivianischen Ostens etabliert werden. Damit demonstrierten die Bewegungsakteur*innen, dass sie sich als Teil der bolivianischen Nation verstanden und keine separatistischen Agenden verfolgten (Laing 2015: 208). Gleichzeitig brachten die Protestakteur*innen mit diesem Symbol die Einheit der indigenen Völker Ostboliviens zum Ausdruck, die die Verteidigung des TIPNIS gleichzeitig als Prüfstein für die Verteidigung aller Territorien ansahen, da diese in Zukunft vor ähnliche Probleme gestellt werden könnten (Albó 2012: 189; Hirsch 2019: 815).

Die Protestteilnehmenden forderten, persönlich mit Morales zu verhandeln. Diesem Wunsch erteilte der Präsident eine Absage. Statt zum Protestmarsch dazustoßen, traf er sich weitere Male mit *cocalero*-Vertretern, um den Bau der Straße zu erörtern. Am 29. August 2011 besuchte er eine Wirtschaftstagung, die von der Straßenbaufirma OAS Ltda. organisiert worden war (Villegas 2011: 8). Zu den Protestierenden hatte er zuvor am 19. August 2011 seinen Minister für öffentliches Bauen, Dienstleistungen und Wohnbau Wálter Delgadillo sowie seinen Wirtschaftsminister Carlos Romero nach San Ignacio de Moxos entsandt, die jedoch keine Fortschritte erzielten. Da Romero wenige Tage vor seiner Ankunft gegenüber den Medien eine positive Sicht auf das Straßenbauprojekt signalisiert hatte, verweigerten ihm die Organisator*innen des Protestmarschs das Gespräch (Colque et al. 2012: 43-44; 63).

Einen Monat später besuchten der Außenminister David Choquehuanca sowie der Vizeminister für die Koordination sozialer Bewegungen César Navarro den Protestmarsch für einen letzten Dialogversuch in der Nähe von Yucumo. Nur wenige Kilometer entfernt hatte sich eine Gruppe von ca. 200 Siedler*innen und Landarbeiter*innen den Teilnehmenden des Protestmarschs in den Weg gestellt und eine Brücke versperrt. Aus diesem Anlass hatte die Regierung 400-500 Polizeikräfte nach Chaparina entsandt, die eine Blockade zwischen den Siedler*innen und den Protestteilnehmenden errichteten und damit gleichzeitig den Wasserzugang eines nahegelegenen Flusses blockierten. Silvia Rivera Cusicanqui (2015: 93) zufolge wurden beide Regierungsvertreter von einigen Frauen des Protestmarschs überredet, sie fünf Kilometer zu dieser Polizeiblockade zu begleiten. Zahlreiche

bolivianische Medien veröffentlichten daraufhin, dass Choquehuanca und Navarro stundenlang entführt und als lebendige Schutzschilder benutzt worden seien (Roncken 2019: 214).²⁵

Anstatt Gewalt zu verhindern, umzingelten die Polizeikräfte einen Tag später, am 25. September 2011, das Zeltlager der Protestierenden in Chaparina und gingen mit Schlagstöcken, Gummigeschossen und Tränengas gegen Männer, Frauen und Kinder vor, um den Protest aufzulösen (Delgado 2017: 375). Protestteilnehmende wurden geknebelt und an Händen und Füßen gefesselt. Die Angaben zur Anzahl der Verletzten variieren von 70 bis 200 Personen (Achtenberg 2013: 7; Villegas 2011: 5). Zwei Frauen erlitten Fehlgeburten im Zuge der Gewalt (Laing 2015: 129). Diejenigen, die nicht entkommen konnten – die meisten flohen nach San Borja – wurden gezwungen, in bereitstehende Busse einzusteigen, ohne über das Ziel informiert zu werden (Roncken 2019: 215). Es stellte sich heraus, dass sie nach Rurrenabaque, eine Kleinstadt in der benianischen Provinz Ballivián befördert wurden. Wie die damalige Protestteilnehmerin Juana Bejarano im Interview erzählte, hätten die Festgenommenen, von denen viele von ihren Familien getrennt worden waren, dort in ein Flugzeug steigen sollen, um in ihre Heimatorte gebracht zu werden. Laut Bejarano weigerten sich die Festgenommenen, den Anweisungen Folge zu leisten. Zu groß war das Misstrauen gegenüber der Polizei. Statt einzusteigen, harhten sie in einer Sitzblockade am Flugplatz aus bis sie schließlich am selben Abend von ca. 400 indigenen und mestizischen Bewohner*innen von Rurrenabaque und 150 Tacanas aus den umliegenden Gemeinden befreit wurden (Interview Bejarano 28.05.2019; Rivera 2015: 94).

Landesweite Solidarität

Der Vorfall in Chaparina, der Asymmetrien zwischen dem friedlichen Protest der Widerstandsakteur*innen und der Gewaltanwendung durch die Polizei offenbarte, blieb nicht folgenlos. Innerhalb kürzester Zeit wurde in zahlreichen Blogs, bolivianischen und internationalen Medien, wie Bolpress, teleSUR und Prensa Latina, und vor allem in sozialen Netzwerken, wie Twitter und Facebook, über die Vorkommnisse berichtet und der Protest überregional bekannt (Laing 2015: 227; Hirsch 2019: 816). Es kam zu einer landesweiten Welle der Solidarität, die sich auch durch Mahnwachen auf den Plazas verschiedener Städte und Gemeinden ausdrückte. Zahlreiche junge, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, linke Intellektuelle,

25 Im Nachhinein stellte sich heraus, dass sich unter den Frauen eine von der Regierung eingeschleuste Polizistin befand, die dem Vorfall ein aggressives Erscheinungsbild geben sollte. Die »Entführung« der Minister stellte einen Vorwand für die Polizeiintervention am Folgetag dar (Rivera 2015: 93-94).

Feminist*innen, Anarchist*innen, Umweltaktivist*innen sowie progressive Vertreter*innen kirchlicher Netzwerke und Gruppen suchten Anschluss an den Protestmarsch, der sich am 02. Oktober 2011 mit etwa 600 Personen in Quiquibey reorganisierte. Auf dem Weg nach La Paz reihten sich verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen mit ihren eigenen Fahnen und Bannern in den Protestmarsch ein, sodass der Marsch auf 2500 Personen anwuchs (Rivera 2015: 95; Sanchez 2015: 25). Auch rechtsgerichtete Zivilkomitees, die zuvor indigenen und umweltpolitischen Themen wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatten, versuchten, durch die Unterstützung des Protestmarschs Vorteile für ihre Fundamentalopposition gegen die Morales-Regierung zu ziehen, was innerhalb der sozialen TIPNIS-Bewegung stark kritisiert wurde (Hirsch 2019: 816).

Als die Protestakteur*innen am 19. Oktober 2011 ihr Ziel erreichten, wurden sie von zehntausenden Menschen empfangen, die ihnen begeistert zujubelten (Laing 2015: 19; Rivera 2015: 95).²⁶ »¡Todos somos TIPNIS!« (Wir sind alle TIPNIS), war einer der Rufe, mit denen die Menschen am Straßenrand den Protestmarsch begrüßten (Laing 2015: 222). Diese Solidaritätsbekundungen waren ein starkes Zeichen einer sich formierenden »*alianza interesante entre el sector de la ciudad y los territorios*«, wie es der Mitarbeiter der NGO *Centro de Estudios Jurídicos e Investigación Social* (CEJIS) Manuel Menacho im Interview ausdrückte (Interview Menacho 29.05.2019).²⁷

Eine weitere Folge des Chaparina-Vorfalles, an den in Widerstandskreisen als »*masacre de Chaparina*« (Chaparina-Massaker) erinnert wird, war eine stärkere gesellschaftliche und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit indigenen Rechten und den sozio-ökologischen Kosten des Extraktivismus (Delgado 2017: 374). Im Zuge der Solidaritätswelle gründeten sich eine Reihe von Aktivistengruppen, die sich für Umwelt- und Menschenrechtsthemen starkmachten. Ein Beispiel dafür ist die urbane Aktivistengruppe *Coordinadora en Defensa de la Autodeterminación de los Pueblos y el Medio Ambiente* (CODAPMA) aus Santa Cruz de la Sierra. Ana Medinacelli, Aktivistin und CODAPMA-Mitglied berichtete im Interview wie sie 2011 zum ersten Mal mit Themen des TIPNIS-Konflikts und indigenen Rechten im Rahmen einer Bildungsveranstaltung an der Autonomen Universität Gabriel René Moreno (UAGRM) in Santa Cruz de la Sierra in Berührung kam. Die Ereignisse in Chaparina und die darauffolgende kritische Reflexion von Umweltproblematiken und der Rechtslage von Indigenen hätten die Achtundzwanzigjährige nach eigener Aussage aufgeweckt und zu ihrem Engagement bei CODAPMA geführt: »*lo que el TIPNIS me trajo fue un sentido, una dirección de vida. [...] Algo por qué luchar. Entonces, hay un antes y*

26 Zu diesem Zeitpunkt hatte es in La Paz bereits seit einem Monat Mahnwachen gegeben, organisiert von der CONAMAQ (Colque et al. 2012: 104).

27 Übersetzung: »interessante Allianz zwischen dem städtischen Sektor und den Territorien«.

un después para mí en el TIPNIS porque siento como otros compañeros igual se sienten somos hijos del TIPNIS« (Interview Medinacelli 18.05.2019).²⁸

Für Morales bedeutete Chaparina einen Imageverlust, da sein Selbstbild als indigener Präsident und Verfechter des *Vivir Bien* in Frage gestellt wurde. Weite Teile der Bevölkerung sowie einige hochrangige Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen machten Morales für die brutale Gewalt an den indigenen Protestteilnehmenden verantwortlich. Darunter die Verteidigungsministerin María Cecilia Chacón, die nach dem Chaparina-Vorfall umgehend ihren Rücktritt einreichte (Laing 2015: 129; Hirsch 2019: 818). Aufsehen erregte zudem der Ex-Vizeminister für Landfragen (*viceministro de Tierras*) Alejandro Almaraz, der sich von der Regierung abgewandt und in den Protestmarsch eingereiht hatte (Colque et al. 2012: 104). Kritik kam auch von Pablo Solón, der drei Monate zuvor von seinem Posten als Botschafter Boliviens bei den Vereinten Nationen zurückgetreten war. In einem öffentlichen Brief forderte er den Präsidenten am 28. September 2011 zu einem Stopp des Straßenbauprojekts auf und schlug eine breite, partizipative Debatte zur Konfliktlösung vor (Roncken 2019: 219; Interview Solón 25.06.2019). Vertreter*innen der überregionalen Indigenenorganisationen CIDOB und der CONAMAQ distanzieren sich von Morales und traten aus dem *Pacto de Unidad* aus (Delgado 2017: 374).

Die Regierung, die sich zunächst geweigert hatte, die Verantwortung für die Gewalt in Chaparina zu übernehmen und stattdessen den Polizeibehörden schwere Vorwürfe machte, hatte angesichts dieser breiten gesellschaftlichen Unterstützung keine andere Wahl, als mit den Bewegungsakteur*innen zu verhandeln. Allerdings akzeptierte sie ausschließlich indigene Repräsentant*innen und keine NGOs oder Berater*innen am Verhandlungstisch (Hirsch 2019: 818). Zu den Forderungen des Protestmarschs gehörte nicht nur der Stopp der Bauarbeiten an der TIPNIS-Straße. Weitere Anliegen, die in einem 16-Punkte-Katalog formuliert wurden, waren Verbesserungen in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung und Kommunikation, finanzielle Vorteile durch eine Beteiligung am Wald- und Klimaschutzprogramm REDD+ der Vereinten Nationen sowie die Ausweitung indigener Autonomie und Selbstbestimmung (Laing 2015: 171).

Ein besonderer Verhandlungserfolg stellte aus Sicht der Bewegungsakteur*innen die Verabschiedung des sogenannten Gesetzes zum Schutz des Indigenen Territoriums und Nationalparks Isiboro Sécuré (Ley 180) am 24. Oktober 2011 dar. Diese auch als *Ley Corta* (Kurzgesetz) bekannte Verordnung unterstrich den ökologischen Wert des Territoriums. Fortan sollte das TIPNIS als »zona intangible« (unantastbare Zone) umfassend geschützt werden. In Artikel 3 schrieb das Gesetz ausdrücklich fest, dass weder die geplante Straße zwischen Villa Tunari und San

28 Übersetzung: »das TIPNIS hat mir einen Sinn, eine Richtung im Leben gegeben. [...] Etwas, wofür es sich zu kämpfen lohnt. Es gibt also für mich ein Davor und ein Danach im TIPNIS, weil ich, wie auch andere Kameraden, fühle, dass wir Kinder des TIPNIS sind.«

Ignacio de Moxos noch irgendeine andere durch das TIPNIS verlaufen sollte (Gaceta Oficial del Estado Plurinacional de Bolivia 2011). Zudem war die Morales-Administration angesichts der neuen Schutzbestimmungen gezwungen, sowohl den Bauvertrag mit der OAS Ltda. als auch den Finanzierungsvertrag mit der Entwicklungsbank BNDES aufzukündigen.²⁹ Die schwierigen Prozesse der Vertragsausstiege fanden in den Monaten April bis Juni 2012 statt und bedeuteten ein Ende der finanziellen Beteiligung Brasiliens (Opinión 15.06.2012).

4.5 Das TIPNIS: »unantastbar«?

Seit diesem Triumph der Widerstandsakteur*innen, der international große Beachtung fand, musste die soziale Protestbewegung einige Rückschläge hinnehmen. Denn als Reaktion auf die Verabschiedung des Schutzgesetzes (Ley 180) starteten MAS-treue Befürworter*innen des Straßenbauprojekts am 20. Dezember 2011 in Isinuta (Cochabamba) einen Gegenprotestmarsch, der am 30. Januar 2012 La Paz erreichte. Verantwortlich dafür zeichnete sich eine bis dato weitgehend unbekannte Organisation, die behauptete, indigene Interessen im TIPNIS zu vertreten: Der sogenannte Indigene Rat des Südens (*Consejo Indígena del Sur*, CONISUR). Tatsächlich vertrat die 1998 gegründete Gruppierung jedoch die Interessen von Kokabauern des Polygon 7 und einiger Yuracaré- und Moxeño-Trinitario-Gemeinden aus dem südlichen TIPNIS, die sich ebenfalls dem Kokaanbau zugewandt hatten (Albó 2021: 56).³⁰

Nach Ankunft des Protestmarschs in La Paz veröffentlichten bolivianische Medien Fotos, auf denen die Führungskräfte des CONISUR wie Gumercindo Pradel auf Wahlkampfveranstaltungen des Präsidenten zu sehen waren (Opinión 07.02.2012). Dadurch wurde die politische Nähe zu Morales offensichtlich und öffentlich diskutiert, ob der Gegenprotestmarsch, der insgesamt deutlich weniger mediale Aufmerksamkeit erhielt als der Achte indigene Protestmarsch der tief-landindigenen Völker, nicht von der Regierung orchestriert worden war (Rivera 2015: 96). Die regierungsnahe Siedler-Konföderation (CSCB) und die Föderation der Landfrauen Bartolina Sisa (FNMCB-BS), die beide im *Pacto de Unidad* verblie-

29 Offiziell begründete die Regierung die Annullierung des Vertrags mit der OAS Ltda. damit, dass sie unzufrieden mit der Arbeit der Baufirma gewesen sei. Zudem warf sie der OAS die Nichteinhaltung verschiedener Vertragspflichten vor, die sich auf die Bauarbeiten ausgewirkt hätten (Opinión 11.04.2012).

30 An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass sich der CONISUR in seiner Anfangsphase gegen die Kokaexpansion in indigene Gemeinden eingesetzt hatte. Zum Zeitpunkt des Gegenprotestmarschs waren seine Mitglieder allerdings, wie Xavier Albó (2021: 56) schreibt, an die Kokagewerkschaften der Siedlergemeinschaft gekoppelt.

ben waren, hatten sich solidarisch mit dem CONISUR gezeigt. Auch sie forderten die Aufhebung des Schutzgesetzes (Laing 2015: 156).

Den vom CONISUR geführten Gegenprotest nahm die Regierung zum Anlass, einen erneuten Anlauf für die Entscheidung in der Straßenbaufrage zu starten. Nachdem sie sich bis dato stets einer Befragung der TIPNIS-Bevölkerung verweigert hatte, änderte sie ihre Strategie und brachte am 10. Februar 2012 per Gesetz 222 einen Konsultationsprozess auf den Weg (Gaceta Oficial del Estado Plurinacional de Bolivia 2012). Die TIPNIS-Bewohner*innen sollten danach gefragt werden, ob das Territorium weiterhin »unantastbar« sein und ob die geplante TIPNIS-Straße gebaut werden sollte (McNeish 2013: 231). Statt eine Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Rechte, sahen tieflandindigene Widerstandsakteur*innen in der »post-consulta« einen Versuch der Regierung, das hart erkämpfte Schutzgesetz (Ley 180) rückgängig zu machen und das Straßenbauprojekt schlussendlich durch die Hintertür zu realisieren. Um für die Beibehaltung des Schutzgesetzes zu demonstrieren und ihre Ablehnung des Konsultationsprozesses zum Ausdruck zu bringen, rief die CIDOB auf Wunsch der *Subcentral TIPNIS* zum sogenannten Neunten Protestmarsch auf. Dieser fand vom 27. April bis zum 27. Juni 2012 statt und stand unter dem Motto »por la defensa de la vida y dignidad, los territorios indígenas, los recursos naturales, la biodiversidad, el medio ambiente, las áreas protegidas, el cumplimiento de la Constitución Política del Estado, y el respeto de la democracia«. ³¹ Den Vorsitz des Organisator*innen-Komitees hatte die Vorsitzende der CPEM-B Bertha Vejarano inne. Ähnlich wie beim Ersten und Achten Protestmarsch, liefen die Teilnehmenden zwei Monate lang von Trinidad nach La Paz. Ein Dialog mit der Morales-Regierung blieb ihnen jedoch diesmal verwehrt. Stattdessen löste die Polizei den Protestmarsch nach der Ankunft am Regierungssitz auf. Dazu setzte sie auf der Plaza Murillo, provoziert durch feministische Aktivistinnen des Kollektivs *Mujeres Creando*, die Obst und Gemüse auf die Polizisten warfen, vis-à-vis zum Präsidentenpalast und Parlament, Wasserwerfer, Pfefferspray und Tränengasgranaten ein (Laing 2015: 152).

Der Protestmarsch hatte sein Ziel verfehlt. Die Durchführung der *consulta* im TIPNIS konnten die Protestteilnehmenden nicht verhindern. Von Juli bis Dezember 2012 führten die *brigadas* des Interkulturellen Dienstes zur Stärkung der Demokratie (SIFDE), die laut Gesetz 222 mit der *consulta* beauftragt worden waren, die Befragung in 58 TIPNIS-Gemeinden durch. Wie der Geschäftsführer der Plurinationalen Behörde für Mutter Erde (APMT) Iván Zambrana im Interview erklärte, waren nicht alle Gemeinden konsultiert worden, da manche von ihrem Recht Gebrauch gemacht hätten, nicht befragt und in Ruhe gelassen zu werden (Interview

31 Übersetzung: »für die Verteidigung des Lebens und der Würde, indigene Territorien, natürliche Ressourcen, Biodiversität, Umwelt, geschützte Gebiete, Einhaltung der politischen Staatsverfassung und Respekt für die Demokratie«.

Zambrana 01.07.2019). Von den befragten Gemeinden hatten laut Regierungsinformationen 82 Prozent angegeben, die im Schutzgesetz 180 garantierte »Unantastbarkeit« des TIPNIS abzulehnen. Zudem hätten 80 Prozent der Befragten dem Straßenbauprojekt Villa Tunari – San Ignacio de Moxos zugestimmt (FIDH/APDH 2013: 13). Aufgrund dieses scheinbar klaren Ergebnisses war es nicht verwunderlich, dass die Regierung die *consulta* im Nachhinein als einen großen Erfolg und Triumph für die repräsentative Demokratie betrachtete (Achtenberg 2013: 8).

Gleichzeitig blieben der Neunte Protestmarsch und die anhaltende Mobilisierungsbereitschaft der tieflandindigenen Widerstandsakteur*innen nicht ohne Einfluss auf die Regierung. Vor dem Hintergrund anstehender Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ließ die Morales-Administration das Straßenbauprojekt einige Zeit ruhen. Dadurch sollten weitere Proteste vermieden, Aktivist*innen das Interesse verlieren und das empfindliche Gesellschaftsthema »TIPNIS« weitgehend aus dem Wahlkampf herausgehalten werden. Nach der Wahl am 12. Oktober 2014, aus der Morales mit 61,3 Prozent der Stimmen gestärkt als Sieger hervorging, nahm er das Projekt wieder in Angriff. Als schließlich noch bei den Departementswahlen des Beni am 31. Mai 2015 mit Alex Ferrier ein MAS-Kandidat das Gouverneursamt übernahm, wurde Morales mit seinem Vorhaben auch auf departementaler Ebene stärker unterstützt (Achtenberg 2017). Die neue Strategie der Regierung sah vor, die TIPNIS-Bewohner*innen gegen das Gesetz 180 aufzubringen, das sie despektierlich als »Unantastbarkeitsgesetz« framte. Dazu scheute sie nicht vor polemischen Falschaussagen zurück. Besonders umstritten war eine, im Fernsehen übertragene Äußerung des Vizepräsidenten Álvaro García Linera, in der er die Frage beantwortete, was die »Unantastbarkeit« für das TIPNIS bedeuten würde: *»Que usted no puede sacar una hoja. [...] Que usted no puede levantar una rama. Que usted no puede tocar nada. Es decir, no puede hacer una escuela. No puede perforar para agua potable«* (García Linera 2017; zitiert nach Solón 26.05.2019).³² Statt mit Schutz sollte die »Unantastbarkeit« nach dem Willen der Regierung mit zusätzlichen Restriktionen und einer Erschwerung der Lebensumstände für die Menschen im TIPNIS assoziiert werden (Hirsch 2019: 822).

Tatsächlich waren die von Linera genannten Tätigkeiten den Moxeño-Trinitarios, Yuracarés und Chimanés durch das Schutzgesetz 180 zu keinem Zeitpunkt verboten worden. In keiner Weise waren sie in ihrem traditionellen, nicht-kommerziellen Gebrauch natürlicher Ressourcen eingeschränkt, wie auch das *Decreto Supremo* 1146 vom 24. Februar 2012 deutlich bekräftigte (FIDH/APDH 2013: 18). Nichtsdestotrotz setzte die Regierung die Förderung kleinteiliger kommerzieller Projekte aus und ließ Inspektionen in indigenen Gemeinden

32 Übersetzung: »Dass Sie kein Blatt mitnehmen können. [...] Dass Sie keinen Zweig aufheben dürfen. Sie dürfen nichts anfassen. Das bedeutet, dass sie keine Schule bauen können. Sie können nicht nach Trinkwasser bohren«; eigene Hervorhebung.

verschärfen, um eine allgemeine Unzufriedenheit mit den Bedingungen des »Unantastbarkeitsgesetzes« zu schüren (Hirsch 2019: 821). Am 13. August 2017 nahm der TIPNIS-Konflikt eine entscheidende Wendung, die den Ausgangspunkt für die in dieser Arbeit schwerpunktmäßige betrachtete Konfliktphase (2017-2019) bildet: Die Regierung hob das Schutzgesetz 180 auf. An seiner Stelle trat das Gesetz 969 mit der Bezeichnung *Ley de Protección, Desarrollo Integral y Sustentable del Territorio Indígena Parque Nacional Isiboro Sécore* (Ley 969) in Kraft.³³ Die augenfälligste Veränderung war, dass das Gesetz 969 der Straße Villa Tunari – San Ignacio de Moxos eine Rechtsgrundlage einräumte. Doch damit nicht genug, denn unter Berufung auf das Recht auf freie Bewegungsmöglichkeiten indigener Völker sollten noch weitere, umfassendere Maßnahmen umgesetzt werden können. In Artikel 9 des Gesetzes 969 war nicht mehr nur von einer Fernstraße die Rede, sondern auch von lokalen Verbindungsstraßen zwischen den Gemeinden (*caminos vecinales*) sowie von Maßnahmen zur Verbesserung der Fluss- und Luftverkehrsanbindung. In Artikel 10 wurde zudem die Möglichkeit für private Akteur*innen eingeräumt, mit staatlicher Genehmigung und in Abstimmung mit der indigenen Bevölkerung natürliche Ressourcen zu nutzen (Gaceta Oficial de Bolivia 2017; Tamburini 2019: 131). Kurz vor Verabschiedung des Gesetzes 969 hatte sich Morales am 26. Juli 2017 bereits auf einer Pressekonferenz klar zu dem Straßenbauprojekt bekannt. Zudem hatte er seine Überzeugung geäußert, dass das umstrittene Mittelstück der Straße Villa Tunari – San Ignacio de Moxos »*Tarde o temprano*« garantiert gebaut werde, »*aunque se opongan algunos pequeños grupos*« (Página Siete Digital 26.07.2017).³⁴

Bauaktivitäten an der TIPNIS-Straße

Auf die Verabschiedung des Gesetzes 969 am 13. August 2017 folgten einige Bauaktivitäten am umstrittenen Mittelstück der TIPNIS-Straße. Betrachtet man die Trassenplanung des Straßenbauprojekts fällt besonders die Einteilung der Straße in drei verschiedene Abschnitte auf. Die Dreiteilung geht auf das bolivianische Unternehmen *Constructora Nacional* (CONNAL) zurück, das die Planung der Straße im Auftrag der OAS Ltda. durchführte. Die Planung wurde anschließend von der bolivianischen Straßenbaubehörde *Administradora Boliviana de Carreteras* (ABC) genehmigt, die dem Ministerium für öffentliches Bauen, Dienstleistungen und Wohnbau unterstellt ist. Ziel der Dreiteilung war es, die Planungs- und Baugeschwindigkeit des Projekts der insgesamt 306 Kilometer langen und 9,3 Meter breiten Schnellstraße zu erhöhen (ITRN 2019a: 8). Insbesondere der südliche Abschnitt der

33 Übersetzung: Gesetz des Schutzes, der integralen und nachhaltigen Entwicklung des Indigenen Territoriums und Nationalparks Isiboro Sécore«.

34 Übersetzung: »Früher oder später [...] auch wenn sich ein paar kleine Gruppen dagegen auflehnen«; eigene Hervorhebung.

Straße sollte auf diese Weise zügig realisiert werden können, um den Siedler*innen des Chapare entgegenzukommen (CEADL 2011: 22). Das Vizeministerium für Transport äußerte angesichts der Dreiteilung Bedenken bezüglich der Integrität des Projekts als Ganzes (ITRN 2019a: 8).

Wie in Abbildung 1 (siehe Einleitung) zu erkennen ist, soll das Mittelstück (Abschnitt II) direkt durch das TIPNIS und auch durch dessen Kernzone führen. Diese *zona núcleo*, die von der TIPNIS-Bevölkerung auch als »*corazón del TIPNIS*« bezeichnet wird (Interview Teco 16.05.2019), ist ein besonders geschützter Bereich innerhalb des Indigenen Territoriums und Nationalparks Isiboro Sécure. Auch Moxeños, Chimanos und Yuracarés sind dort das Siedeln und die Ressourcennutzung untersagt (SERNAP 2004: 105).³⁵ Neben dieser *zona núcleo* gibt es Bereiche im TIPNIS, die für traditionelle kommunitäre (*área de uso tradicional*) und extraktive Zwecke geringen Umfangs (*zona de aprovechamiento de recursos naturales*) genutzt werden können (Hirsch 2019: 812). Das Mittelstück des Straßenbauprojekts (Abschnitt II) ist von den Abschnitten I und III zu unterscheiden. Letztere verfügen seit August 2010 über Umweltlizenzen, die vom Vizeministerium für Umwelt, Biodiversität, Klimawandel und Forstentwicklung ausgestellt wurden. Der damalige Vizeminister Juan Pablo Ramos weigerte sich jedoch, die Umweltlizenz für den Abschnitt II der TIPNIS-Straße zu unterschreiben und trat im Juli 2010 zurück. Ihm folgte mit Cintia Silvia eine Person mit guten Beziehungen zum kleinbäuerlich-gewerkschaftlichen Sektor und beruflichem Werdegang in der *Administradora Boliviana de Carreteras* (ABC) im Amt, die die entsprechende Lizenz umgehend freigab (Hirsch 2019: 820). Die Umweltlizenzen basieren auf Studien zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die die brasilianische Straßenbaufirma OAS Ltda. in Auftrag gegeben hatte (Cauthin 09.11.2018).

Abschnitt I grenzt im Süden an das TIPNIS und erstreckt sich auf 47 Kilometern von Villa Tunari über Chipiriri, Santa Rosa, Eterazama, Samuzabety und Florida bis nach Isinuta. Dieser Teil, der für jede Richtung über eine Fahrspur verfügt (siehe Abbildung 4), ist bereits fertiggestellt und wurde am 11. September 2016 eingeweiht. Durchgeführt wurden die Bauarbeiten von dem staatlichen Unternehmen *Empresa Boliviana de Construcción* (EBC) und der Baukooperative *Asociación de Mantenimiento Vial* (AMVI), die am Abschnitt I das Werk der OAS Ltda. zu Ende führten. Die AMVI war ursprünglich in Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Entwicklungsagentur USAID gegründet worden. Nachdem die USAID, die der AMVI die benötigten Baumaschinen beschafft hatte, im Jahr 2013 ihr Engagement in Bolivien beendete, teilten sich *cocalero*-Verbände der Cochabamba-Tropen und die Stadtverwaltungen von Villa Tunari und Isinuta das Direktorium (Opinión 09.11.2012; U.S. Embassy in Bolivia n. d.).

35 Diese Kernzone ist 2001 in Abstimmung mit den Indigenenorganisationen des TIPNIS vom Nationalen Dienst für geschützte Gebiete (SERNAP) festgelegt worden (ITRN 2019a: 7).

Abbildung 4: Straßenabschnitt zwischen Villa Tunari und Isinuta



Eigene Aufnahme, 03.07.2019.

Für die Planierungs- und Asphaltierungsarbeiten des nördlich ans TIPNIS angrenzenden Abschnitts III ist ein venezolanisch-bolivianisches Armeekorps von Ingenieuren (*Fuerza Binacional de Ingeniería Social Bolivia-Venezuela*) im Einsatz (Achtenberg 2017). Zum Erhebungszeitraum konnte die Straße bereits auf 82 Kilometern bis Monte Grande de Apere befahren werden (Interview Vaca 27.05.2019). Zudem berichtete Fátima Monasterio, Mitarbeiterin des Zentrums für juristische Studien und Sozialforschung (CEJIS) und Soziologin der Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften (FLACSO Argentina), von Baufortschritten in unmittelbarer Nähe der nördlichen TIPNIS-Grenze. Diese habe sie im Bereich der Gemeinde Jorori festgestellt. Jorori liegt im *Territorio Indígena Multiétnico* (TIM) in direkter Nachbarschaft zu einigen TIPNIS-Gemeinden am Ufer des Sécure und gehört zum *Bosque de Chimanes* (Wald der Chimanes). Holzunternehmen haben in diesem Teil des TIM auf Basis ehemaliger Holzschlagkonzessionen Forstwege hinterlassen, die zum Teil illegaler Weise in das nördliche TIPNIS hineinreichen (Guzmán 2017: 8; Interview Monasterio 28.05.2019). Die TIPNIS-Gemeinde Santo Domingo ist auf diesem Weg zu erreichen (Justel/Cauthin 2017: 9). Zwischen den Gemeinden auf beiden Seiten des Sécure, die hauptsächlich von halbnomadisch lebenden Chi-

manes bewohnt sind, gibt es einen regen Austausch, als wären es »*barrios distintos*« eines zusammengehörenden Gebiets (Interview Monasterio 28.05.2019).³⁶

Die im Gegensatz zum Polygon 7 seltener thematisierte Situation im Norden macht deutlich, wie stark der Straßenbau im Kontext einer territorien- und ethnienübergreifenden indigenen Gesamtregion betrachtet werden muss. Denn Ismael Guzmán zufolge, einem Soziologen und ehemaligen Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation CIPCA, zeichnen sich die benachbarten Territorien durch gemeinsame ancestrale Erfahrungen (*ancestralidad*) aus (Interview Guzmán 30.05.2019). Zum besseren Verständnis der Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den Territorien ist es sinnvoll, einen holistischen Blickwinkel auf die Gesamtregion einzunehmen, zu der neben dem TIPNIS auch das Multiethnische Territorium (TIM), das Indigene Territorium der Chimanen (TICH), einige Movima- und Mosetenes-Gemeinden sowie in direkter Umgebung von San Ignacio de Moxos das Indigene Territorium der Moxeño-Ignacianos (TIMI) gehören. Zukünftige Studien könnten zum Thema der interterritorialen Verflechtung noch wichtige Beiträge liefern. Klar ist jedoch, dass die TIPNIS-Straße nicht nur ein einzelnes Territorium betrifft, sondern die Vulnerabilität der indigenen Gesamtregion offenbart.

Besondere Aufmerksamkeit muss auf die Bauaktivitäten am formal gestoppten Mittelstück der TIPNIS-Straße gerichtet werden. Abschnitt II musste 2015 aufgrund einer Planungsänderung eine Verkürzung zu Gunsten von Abschnitt III hinnehmen. Statt bis Monte Grande de Apere soll Abschnitt III bis Santo Domingo an den Río Sécure ins TIPNIS reichen und wäre damit 48,3 Kilometer länger als ursprünglich vorgesehen (Coordinadora Nacional de Defensa de los Territorios 2019: 3). Eine Studie zur Umweltverträglichkeitsprüfung wurde für diese Änderung nicht angefertigt. Legt man diese Planungsänderung zugrunde, weist Abschnitt II damit, statt einer Länge von 177 Kilometern, nur noch 129 Kilometer auf. Besonders umstritten sind drei Brücken im Polygon 7, die die Regierung in Abschnitt II unter Missachtung des damals noch gültigen Schutzgesetzes 180 über die Flüsse Isiboro, Ibuelo und Sazama errichten ließ (siehe Abbildung 1). Verträge zum Bau der Flussquerungen wurden 2016 zwischen der ABC und den Unternehmen AMVI und SERGUT geschlossen (ITRN 2019a: 9). Zum Zeitpunkt der Feldforschung waren die Brücken bereits fertiggestellt (eigene Beobachtungen).

Im Polygon 7 deckt sich der Straßenverlauf des Abschnitts II mit einem bereits existierenden Weg, der bis zur Gemeinde San Antonio am Ufer des Río Ichoa heranreicht (SERNAP n. d.). Wie im Rahmen der Feldforschung festgestellt wurde, standen zum Erhebungszeitraum Baumaschinen bereit, um diesen kontinuierlich zu verbessern und – wie bereits weitgehend geschehen – zu einer Straße auszubauen. Jenseits des Río Ichoa kann das TIPNIS jedoch bisher nicht weiter mit Stra-

36 Übersetzung: »verschiedene Viertel«.

ßenfahrzeugen durchquert werden (Interview Corregidor von Santísima Trinidad, Name wird nicht genannt, 03.07.2019). Es fehlt das letzte Stück durch die Kernzone des Indigenen Territoriums und Nationalparks Isiboro Sécura. Dabei handelt es sich um einen Abschnitt von ca. 55 weitgehend unberührten Kilometern.

